Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 300 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 133. Freitag, den 10. Juni 1921. 28. Jahrgang

Die Befreiung Oberschlesiens.

Der englische Vormarsch.

Berlin, 10. Juni. (Drahtmeldung.) Ein Teil der englischen Truppen, die gestern in Gleiwitz eingerückt sind, hat sich nach Königshütte begeben, dessen Befreiung bevorsteht. Ein weiterer Teil der Besatzungstruppen von Lublinitz ist nach Tarnowitz abgerückt. Wie die Schlesische Volkszeitung meldet, werden neuerdings 2000 Italiener in Oberschlesien erwartet. Im Operationsabschnitt der von den Engländern besetzten Stadt Rosenberg wurde die Gegend von Coselwitz bis nach Schöneberg hinunter von den Polen geräumt. In ziemlich schweren Kämpfen zwischen dem deutschen Selbstschutz und den Polen hatten die Deutschen Verluste von 12 Toten und 28 Verwundeten. Die Engländer beabsichtigen von Rosenberg aus Abteilungen nach Simm und Groß-Stanitz hinunterzuschicken. Damit würden sich die Alliierten zwischen die deutschen und polnischen Kämpfenden einschieben, was mit der bereits mehrfach betonten Schaffung einer neutralen Zone im Zusammenhang steht.

Kämpfe.

Beuthen, 9. Juni.

Die letzte Nacht haben die Insurgenten einen heftigen Angriff auf die Stadt Kattowitz unternommen. Aus dem Belagerungsgürtel wurden wenigstens 3000 Gewehrschüsse und Maschinengewehrschüsse abgegeben. Die auf dem Bahnhof stehenden Kohlenzüge sind in der Richtung nach Schoppinitz entführt worden.

In der Umgebung von Beuthen herrschte vergangene Nacht heftige Feuertätigkeit seitens der Insurgenten. Sie suchen von verschiedenen Stellen in die Stadt einzudringen. Der Angriff wurde abgewiesen, wahrscheinlich durch die Franzosen. In Königshütte ist die Lage unverändert.

Wie der italienische Kreiskontrolleur Major Inorea mitteilt, hat Oberstleutnant Miglio, der Kommandeur der italienischen Truppen Ratibors, den Insurgenten durch Parlamentäre mitgeteilt, daß, falls die Stadt Ratibor weiterhin von polnischer Artillerie beschossen werde, die italienische Artillerie die polnischen Stellungen in Hohenbirken, Lubom, Sirxn und anderen Orten vor Ratibor ebenfalls unter Feuer nehme. Die Insurgenten gaben darauf das Versprechen, Ratibor nicht mehr mit Artillerie zu beschießen.

Der Selbstschutz rückt nicht vor.

London, 9. Juni. Der Vertreter des Reuterschen Bureaus erfährt, daß General Höfer dem britischen Befehlshaber in Oberschlesien, General Hennicker, das endgültige Versprechen gegeben habe, daß er nicht vorrücken werde. Man ist der Ansicht, daß durch das Versprechen die Aufgabe der alliierten Truppen bei der Wiederherstellung der Ordnung in den Industriegegenden sehr erleichtert wird.

Einteilung Oberschlesiens in drei Polizeigebiete.

TU. London, 10. Juni. (Frankf. Ztg.) Der britische Vorschlag, daß das gemäß Plebiszits unbestrittene deutsche Gebiet sofort der deutschen Polizei, Pleß und Rybnik dagegen der polnischen zuzuweisen ist und daß das Restgebiet einschließlich des Industriedreiecks der gemeinsamen alliierten Polizei vorläufig vorbehalten ist, besteht, wie versichert wird, fort. Bisher war der französische Kommandant nicht ermächtigt, intensiv gegen die Insurgenten vorzugehen. Angesichts der dadurch verursachten neuesten schweren Uebergriffe der Insurgenten und entsprechend den englischen Vorstellungen dürfte die unerläßliche Vollmacht an den französischen Kommandanten inzwischen erteilt worden sein. Die deutsche Mitwirkung kommt keinesfalls in Betracht, außer in Form der von englischer Seite gewünschten Zuteilung der Polizeigewalt in obigem Umfange.

Englisch-französischer Notenwechsel.

TU. Paris, 10. Juni. **Dem „Temps" zufolge betont eine neue englische Note an Frankreich die Notwendigkeit sofortiger rigoroser Maßnahmen zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes und äußert die Erwartung, daß General Le Rond Instruktionen erteile, die ein dauerndes Zusammenwirken zwischen ihm und seinen beiden Kollegen sichert. Die französische Regierung erklärt in ihrer Antwort, Frankreich habe niemals gezaudert, um in Oberschlesien alle Maßnahmen zu treffen, die zur Wiederherstellung der Ordnung beitragen könnten. —**

Deutschland und Amerika.

Ziemlich unauffällig hat Berlin, um nicht zu sagen: Deutschland, am Sonnabend Besuch bekommen. Von Paris aus langte der amerikanische Oberst Edward M. House in Berlin an und war Gast des amerikanischen Geschäftsträgers Drese. Abends fand in der Wohnung des Gastgebers ein Gastmahl statt, zu dem bekannte deutsche Wirtschafts- und Handelsfachleute geladen waren.

Oberst House hat seinen Berliner Aufenthalt nur bis Montag Abend ausgedehnt. Er wird nach Berlin die Hauptstadt des deutschen Oesterreichs, Wien, aufsuchen.

Es ist in den beteiligten Kreisen mit ziemlich auffälligem Eifer und Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß Herr Oberst House keineswegs eine offizielle Mission in Berlin zu erfüllen gehabt habe. Er reise im Auftrage einer großen Zeitung, für die er Eindrücke und Wahrnehmungen über den Stand der Politik und der Wirtschaft des Europa nach dem großen Kriege sammle. Auch sein Besuch des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin sei lediglich als Freundschaftsbesuch anzusehen. Ohne unsererseits an die Anwesenheit des amerikanischen Obersten übertriebene Hoffnungen knüpfen zu wollen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß Oberst House nicht der erste beste ist. Er hat während der Friedensverhandlungen in Paris dem obersten Kriegsrat angehört und ist lange Zeit ein viel beachteter Ratgeber des letzten amerikanischen Präsidenten gewesen. An Amerika ist der außerordentlich starke Einfluß, den er, ohne öffentlich besonders hervorzutreten, auf die Politik dieses Landes ausgeübt hat, erst in den letzten Jahren recht bekannt geworden. Wenn man in Verbindung mit dieser Tatsache die weitere Tatsache vergleicht, daß das amerikanische Wirtschaftsleben zur Zeit an dem Abschlusse von Deutschland ganz erheblich krankt, wird man nicht umhin können, den Besuch des Obersten House in seiner Bedeutung für uns etwas zu erweitern.

Wird Amerika Frieden schließen?

Neben der Resolution Knox ist dem amerikanischen Repräsentantenhaus jetzt auch die sogenannte Porterresolution zugegangen, über die vielleicht heute oder morgen Beratungen stattfinden werden. Der Haupttext der Resolution lautet:

„Es wird vom Senat und vom Repräsentantenhaus beschlossen, daß der Kriegszustand, der zwischen der deutschen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika durch allgemeinen Beschluß des Kongresses am 6. April 1917 eintrat, hierdurch als beendet erklärt wird."

Es wird dann noch besonders darauf hingewiesen, daß sich die Vereinigten Staaten zugleich mit dieser Erklärung alle Rechte, Vorrechte, Entschädigungen, Wiedergutmachungen und Vorteile vorbehalte, die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen oder andere hiermit im Zusammenhang stehende Beschlüsse zustehen. Ausdrücklich wird auch darauf hingewiesen, daß die aus dem Versailler Vertrag sich ergebenden Rechte aufrechterhalten bleiben.

Der Sonderkorrespondent der „Times" in Amerika glaubt, daß die Friedensresolution nicht sobald ihre Erledigung finden werde. Auch heute noch sollen in Amerika Befürchtungen vorherrschend sein, die eine starke Verstimmung der Alliierten gegen die Vereinigten Staaten erwarten, falls jetzt ein Sonderfrieden mit Deutschland abgeschlossen werden sollte.

Stimmungsumschwung in England.

Wahlsieg der Arbeiterpartei.

London, 9. Juni. Die gestrige Nachwahl in dem wichtigen Lancashireer Distrikte Heywood brachte der Arbeiterpartei einen ihrer bedeutendsten Wahlsiege, indem ihr Kandidat den starken Regierungskandidaten mit 305 Stimmen besiegte, während er in der Hauptwahl mit 7423 Stimmen gegen ihn unterlegen war. Auf den Asquithschen Kandidaten fielen 5671 Stimmen, so daß die Totalmehrheit gegen die Regierung 5976 Stimmen betrug. Alle drei Kandidaten bekämpften die Antidumpingbill. Man erwartet, daß der Ausfall Lloyd George jeden Gedanken an baldige Neuwahlen vertreiben wird.

*

Die Hauptwahl in England, die sogenannten Khakiwahlen, standen so sehr unter dem Zeichen des erfochtenen Sieges, daß eine gewaltige nationalistische Mehrheit sich ergeben mußte. Unterdessen ist die Hochstimmung sehr abgeflaut. Fast sämtliche Nachwahlen bringen unseren englischen Genossen Siege. Bezeichnend für den Wahlkampf in dem genannten Lancashirer Distrikt ist die Tatsache, daß alle drei Kandidaten, also auch der unionistische, die Antidumpingbill bekämpften. Ueber kurz oder lang werden also die Sonderimportsteuern auf deutsche Waren wohl definitiv verschwinden.

Um Wirths Mehrheit.

Von Hermann Müller-Franken.

Der Reichstag hat sich auf Wunsch der Regierung bis zum 14. Juni vertagt. Die Reichsämter sollen eine Reihe Vorlagen ausarbeiten, die ihre Erledigung finden sollen, ehe der Reichstag in die Sommerferien geht. Die Regierung geht an die schwere Arbeit, die die Erfüllung der Ultimatumsverpflichtungen mit sich bringt. Sie hat ihre erste Krise überstanden. Aber schon fragen ängstliche Gemüter: Wird diese Regierung lange leben? Wird nicht der Reichskanzler Wirth bald doch gezwungen sein, an das Volk zu appellieren, damit dieses entscheide, ob von jetzt ab alle Kräfte des deutschen Volkes zur Erfüllung des gegebenen Wortes angestrengt werden sollen, oder ob durch eine Politik sich in Protesten erschöpfender Passivität die einstigen Kriegsgegner Anlaß bekommen sollen, sich durch Gewaltanwendung zu holen, was zu holen ist? Wohin der letztere Weg führen würde, kann dem nicht zweifelhaft sein, der sieht, wie die Machtverhältnisse in Europa nach dem für uns verlorenen Kriege gelagert sind.

Die Organe der Rechten schließen wieder einmal aus dem Ausgang der Krise der letzten Wochen, daß das parlamentarische System für deutsche Verhältnisse nicht tauge, weil die beiden Sätze der von den Regierungsparteien eingebrachten Tagesordnung von wechselnden Mehrheiten angenommen wurden. Eine Methode, die nach ihrer Auffassung ein Privileg der Regierungskunst des versunkenen kaiserlichen Deutschland war. Die Krise ist so gelöst worden, wie sie bei den gegenwärtigen deutschen Parteiverhältnissen nur gelöst werden konnte. Ihre Lösung war nicht ideal, aber die deutschen Parteiverhältnisse sind es eben auch nicht.

Am 10. Mai wurde das Ultimatum der Entente in der Erkenntnis der Gefahren, die der Einmarsch ins Ruhrgebiet für die gesamte deutsche Wirtschaft bringen mußte, von einer aus Zentrum, einem Teile der Demokarten, der Sozialdemokratischen und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gestellten Mehrheit akzeptiert. Nach den Regeln der westlichen Demokratien hätten die Parteien, die diese für die nächste Zukunft entscheidende Politik für die in der gegebenen Situation einzig mögliche hielten, auch die Regierung übernehmen müssen. Dann wäre eine Regierung dagewesen, die auf längere Frist Politik zu treiben die verfassungsmäßig nötige Mehrheit gehabt hätte.

Eine solche Regierung ist aber heute in Deutschland noch nicht möglich, weil sich die USP. weigert, mit bürgerlichen Parteien zusammen in die Regierung einzutreten. Die USP. war mit ihrem Urteil über die gegenüber dem Ultimatun einzuschlagende Politik zuerst fertig. Diese von ihr als richtig erkannte Politik zu treiben überläßt sie aber den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten.

Gewiß, am 4. Juni hat die USP. das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen abgelehnt, weil sie sich mit Recht nicht für die auf Sturz der Regierung Wirth abzielenden nationalistischen Treibereien mißbrauchen lassen wollte, und sie hat für die sich auf die Durchführung der Ultimatumsverpflichtungen beziehenden Teile der von der Regierung angenommenen Tagesordnung gestimmt. Aber das genügt nicht, um eine konsequente, nach außen pazifistische, nach innen linksgerichtete Politik auf lange Sicht zu gewährleisten.

Und gerade das ist für die bürgerlichen Mittelparteien immer wieder der Grund, eine Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts hin zu verlangen. Wir Sozialdemokraten sind gegen eine Verbreiterung der Koalition nach rechts gewesen, weil wir sie außenpolitisch für ein Unglück halten und innenpolitisch für eine Quelle ewiger Reibereien, die die Aktionskraft einer so gebildeten Regierung lähmen müßten.

So war die Stellung unserer Partei sachlich gegeben. Agitatorische Beweggründe waren in keiner Weise maßgebend. Wie überhaupt während des Krieges und nach der Revolution keine Partei sich so wenig von Parteiegoismus leiten ließ wie die unsere. Das hat die SPD. zuletzt erst wieder bewiesen, als sie — die stärkste der drei Koalitionsparteien — auf den ihr zustehenden vierten Ministersitz im Kabinett verzichtete, nachdem aus sachlichen Gründen der Vorschlag gemacht worden war, Herrn Dr. Rathenau für das Wiederaufbauministerium zu gewinnen. Trotzdem erzählen die Blätter der Stinnes-Partei ihren Lesern fortwährend, daß die Sozialdemokratie sich nicht mit der Gleichberechtigung begnügen wolle und einen überragenden Einfluß in dem sozialistisch-orientierten Kabinett beanspruchte. Wegen der Uebernahme der Kanzlerschaft hatte der Reichspräsident, bevor die Sozialdemokratie sachlich Stellung genommen hatte, bereits mit Herrn Wirth verhandelt, und die sozialdemokratische Fraktion hat seiner Person auch nicht auf Stunden einen anderen Kandidaten gegenübergestellt.

Der Widerspruch gegen den Reichskanzler Wirth kam vielmehr von der Deutschen Volkspartei und aus den Reihen der Demokraten. Das setzt die „Köln. Ztg." in ihrem Artikel „Hinter den Kulissen" in der Abendausgabe des 3. Juni mit erfrischender Offenherzigkeit auseinander. Sie behauptet

zur Begründung dieser ablehnenden Haltung der Parteien von Besitz und Bildung von dem Reichskanzler Wirth, daß er persönlich aus seiner sozialistischen Gesinnung keinen Hehl mache „und dessen Steuersozialismus allgemein bekannt war".

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Deutsche Volkspartei ist gegen das Kabinett Wirth und besonders gegen den Reichskanzler Wirth, weil sie fürchtet, daß er den Besitz nach Gebühr zu den schweren Lasten heranziehen will, die das deutsche Volk in Konsequenz des verlorenen Krieges auf sich nehmen muß, wenn es sich überhaupt die staatliche Existenz retten will.

Wenn Her Wirth auch andere steuerpolitische Auffassungen hätte, als er hat, die deutsche Steuerpolitik kann den Besitz in Zukunft nicht schonen wie bisher. Die Massen müssen längst zahlen, was sie zahlen können. Direkt buch den Lohnabzug, indirekt durch die Verbrauchsabgaben. Neue Steuern müssen kommen. Sie müssen sozial gerecht verteilt werden. Das meiste darf nicht von denjenigen geholt werden, die am wenigsten haben. In erster Linie müssen der Besitz, die Spekulation, der Aufwand getroffen werden. Wer die Dividendenpolitik des deutschen Großunternehmertums verfolgt, der sage nicht, daß das nicht möglich sei. Daß Besitzsteuern gemacht werden, ist auch dann Voraussetzung, wenn unter dem Druck der Entente die Abgaben auf Massenverbrauchsartikel erhöht werden müssen, weil sie in einem Teile der Ententeländer schon höher besteuert sind als bei uns. Auch hiebei müssen wir ernstlich versuchen, schlimmes zu verhüten. Ich habe in meiner Reichstagsrede vom 4. Juni schon darauf hingewiesen, daß man in England übersieht, wie bei unserem Milchmangel und unserer Milchteuerung die Erhöhung der Zuckersteuer geradezu mit einer Erhöhung der Säuglingssterblichkeit parallel gehen würde.

Bei der Beratung der kommenden Steuervorlagen wird sich zeigen, welche Mehrheit des Deutschen Reichstages die Konsequenz aus der Annahme des Ultimatums zu ziehen bereit ist. Besitzsteuerscheu darf es nicht mehr geben. Wäre für eine solche Politik keine Mehrheit zu finden, so würden neue Krisen entstehen, die bei der Finanznot des Reiches und aller seiner Glieder auf die Dauer nicht mit taktischen Mitteln, sondern nur durch den Appell an das Volk gelöst werden könnten. Da die Massen des Volkes nach dem Kriege weniger denn je aus Besitzenden bestehen, hätten die Parteien, die die Steuern dort holen, wo etwas zu holen ist, bei den Massen sicherlich nichts zu fürchten. Denn die breiten Massen des Volkes würden einsehen, durch wessen Schuld parlamentarische Krisen heraufbeschworen würden, an denen die kein Interesse haben, deren ernstestes Bestreben es seit jeger war, unserer jungen Republik nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit die Existenzmittel zur Verfügung zu stellen, deren sie nach innen und außen zur Einlösung ihrer Verpflichtungen bedarf.

Bayrische und russische Reaktion

Hand in Hand

Obwohl unter dem Belagerungszustand das Versammlungsrecht der Arbeiter in Bayern noch immer stark eingeschränkt ist, konnten in Reichenhall drei Tage lang mehr als 140 Ausländer — Vertreter der altrussischen Reaktionsparteien — unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagen. Nur ein einziger Pressevertreter war zugelassen, nämlich der Baron Engelhardt, ein Balte, der Auslandsredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten", die sich noch immer als demokratisches Blatt ausgeben. Einer der Organisatoren des Kongresses war der Hofrat Dr. Ammann in München, dessen Frau ein Landtagsmandat der Bayerischen Volkspartei besitzt. Die angeblichen Wirtschaftsziele des Kongresses waren nur Vorspiegelung. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Allianz zwischen der neubayerischen und der altrussischen Reaktion.

Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Leitartikel seines Münchener Mitarbeiters, worin auf den scharfen Gegensatz zwischen der Auslandspolitik der bayerischen Regierung gegenüber Deutsch-Oesterreichern zum Beispiel und der Duldung des russischen Reaktionskongresses in Reichenhall hingewiesen wird. Der Vorsitzende der national-demokratischen Bauernpartei auf diesem Kongreß, Nieffinwosky, erklärte denn auch, „die russischen Patrioten" würden niemals vergessen, was sie Bayern zu danken hätten.

Justizskandale und Waffenschiebungen.

Ein Telegramm aus München meldet uns:

Der wegen Sprengung einer Gewerkschafts-Theatervorstellung, Körperverletzung und Mißhandlung eines Gewerkschaftssekretärs seit 1½ Jahren von der Staatsanwaltschaft gesuchte Leutnant Brandt wurde soeben nach vollzogener Ausübung der Verschiebung von Waffen aus Bayern nach Tirol im Auftrage der Orka von der Polizei in Rosenheim verhaftet. Er telephonierte vom Gefängnis aus die Einwohnerwehr in Rosenheim an und verlangte, daß das Wehrkommando beim Justizministerium seine Freilassung durchsetze und seiner Mittelsperson in München mitteilen solle, daß er verhaftet sei. Laut telephonischer Anfrage des Rosenheimer Polizeireferenten wurde diesem mitgeteilt, daß der gegen Brandt erlassene Haftbefehl aufgehoben sei. Die Staatsanwaltschaft verfügte trotzdem die Inhaftierung.

Dem „Vorwärts" wird weiter aus München gemeldet: Die Entwaffnungsaktion geht im allgemeinen glatt von statten, besonders in Nordbayern und im Donaugebiet. Dagegen scheint sich im Oberland, vor allem im Chiemgau, unter dem unheilvollen Einfluß Kanzlers Widerstand in der Bauernschaft zu regen. Ueber einen schwunghaften Waffenschmuggel nach Tirol sind unsere Genossen genau unterrichtet.

Die Münchener Arbeiterschaft ist für die kommende Woche zu einer großen Protestversammlung einberufen, um dem System Kahr zu zeigen, daß sie sich nicht in alle Ewigkeit die Schändung der Republik durch das reaktionäre Gesindel, das sich jetzt in Bayern breit macht, gefallen lassen will.

Münchener Knüppelhelden.

Zu dem schamlosen Ueberfall auf den bayerischen Landtagsabgeordneten Genossen Dr. Saenger in München in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni erfährt der „Vorwärts" eine Reihe von Einzelheiten, die auf die bayerischen Kulturzustände unter dem System Kahr ein äußerst bedenkliches Licht werfen und darüber hinaus wertvollen Aufschluß geben, wie es in Wirklichkeit um die „Ordnung" im Musterland Bayern bestellt ist.

Bis zum 6. Juni, dem Zeitpunkt, an dem die Mitteilungen aus München, die hier verspätet eintrafen, an uns abgesandt wurden, hielt es sein Organ der Staatsanwaltschaft für notwendig, sich mit dem überfallenen Abgeordneten Saenger zwecks Aufklärung der Angelegenheit in Verbindung zu setzen. Die Publikationen der Polizei beschränken sich auf die Feststellung, daß der Ueberfall hundert Meter von einer Polizeipatrouille des 7. Bezirks stattfand, welche keine Veranlassung habe, im 6. Bezirk nach dem Rechten zu sehen! Es scheint, daß der Bureaukratismus, der unter dem alten System in Preußen wahre Orgien feierte, nunmehr seinen Sitz in München aufgeschlagen habe.

Der Ueberfall auf Genossen Saenger wurde nicht von einem einzelnen Fanatiker ausgeführt, sondern von einem wohlorganisierten Trupp führender Persönlichkeiten der „national-sozialistischen Arbeiterpartei", einer verschrobenen Organisation von Nationalisten, die unter dem Deckmantel sozialer Bestrebungen Eingang bei der Arbeiterschaft zu finden suchen und bei denen sich Männer vom Schlage eines Ludendorff mit wildesten KAPDisten harmonisch zusammenfinden. Dieser Trupp folgte in einer Stärke von 20 bis 30 Mann dem Genossen Saenger vom Zentrum der Stadt aus in ein entlegenes Stadtviertel und umstellte den Tatort in weitem Bogen. Die von privater Seite bisher angestellten Recherchen ergaben, daß innerhalb dieser Organisation für derartige Ueberfälle genaue Abmachungen getroffen sind und daß politisch mißliebige Persönlichkeiten in ihren täglichen Lebensgewohnheiten genau beobachtet werden, um sie gegebenenfalls der Straßenjustiz zu überliefern. Auch für die ehrenvolle Tätigkeit der Beschmierung öffentlicher Gebäude mit Hakenkreuzen usw. sind eigene Organisationen geschaffen. Daß der „Miesbacher Anzeiger", das saubere Organ des „Dichters" Ludwig Thoma, die Schandtat mit den Worten begrüßte: „Der Saenger hat Prügel gekriegt. Endlich! Gott sei Dank!" bedarf kaum besonderer Erwähnung.

Die Münchener Arbeiterschaft hat im ehrlichen Zorn über diese bayerische Kulturschmach für die kommende Woche eine große Protestversammlung einberufen, um dem System Kahr zu zeigen, daß ihre Geduld endlich erschöpft ist. Wir fordern, daß in Bayern nicht nur die Einwohnerwehren aufgelöst werden, sondern daß endlich auch die „Volksgerichte" beseitigt werden und damit die Voraussetzungen für eine Schandjustiz fallen wie sie in Bayern unter der Ordnungsregierung Kahrs an der Tagesordnung ist.

Neue Millionenbauern.

NZ. Die Republik hat noch viel Arbeit. Nicht nur, daß sich gewisse Gruppen industrieller Schieberkapitalisten noch immer öffentlich mit aufreizenden Dividendenziffern und Milliarden-Geschenken für Aktionäre blähen können, auch für den privaten Grundbesitzer besteht trotz der Bestimmung der Reichsverfassung, daß alle Bodenschätze unter Aufsicht des Staates stehen und private Ausbeutungsrechte auf dem Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu überführen sind, noch volle Freiheit der Ausbeutung der Bodenschätze.

Bei Berlin ist man bei Bohrungen nach Wasser für die Stadt Berlin auf umfangreiche Kohlenfunde gestoßen. Im Kohlenlaboratorium des Magistrats Berlin ist die Hochwertigkeit des Brennmaterials festgestellt worden. Jetzt wird bekannt gemacht, daß der Ausbeutung der Kohlenläger die Tatsache hindernd im Wege steht, daß die Forderungen der Eigentümer des Landes, unter dem die Kohlen liegen, unerschwinglich hoch sind.

Zum Donnerwetter nochmal, wo bleibt die deutsche Republik? Wir haben Brennstoffnot, wir haben Not an Kohlen zum Tausch gegen ausländische Lebensmittel und Rohstoffe. Trotzdem kann man an die Kohlenläger mit den denkbar günstigsten Abbauverhältnissen, die vor den Toren Berlins liegen, nicht heran, weil die Grundeigentümer unerschwinglich hohe Forderungen stellen und weil die Gesetzgebung bisher nichts unternommen hat, um ein Enteignungsverfahren möglich zu machen. Wenn es auf diesem Wege weiter geht, dann braucht man sich wahrhaftig nicht zu wundern, wenn allmählich auch dem letzten im Volke der Glaube geraubt wird, daß es den entscheidenden Faktoren mit dem Aufbau Deutschlands Ernst ist. Der sozialdemokratischen Partei erwächst die Pflicht, schnellstens einzugreifen, um die Oeffnung der Kohlenläger zu ermöglichen, ohne daß auf Kosten der Allgemeinheit ein neuer Verein von Millionen- und Milliarden-Bauern gegründet werden kann.

Die neuen Steuern.

Nach Berliner Blättermeldungen hat die Reichsregierung die Absicht folgende Steuervorlagen einzubringen:

Erhöhung der Zuckersteuer auf 100 Mk., Erhöhung der Branntweinsteuer von 800 Mk. auf 1000 Mk., Erhöhung der Biersteuer entsprechend der Entwertung der Mark, Verschärfung der Tabak-, Zigaretten- und Zigarrensteuer, Erhöhung der Kohlensteuer, sodaß die Kohlenpreise sich mehr den Weltmarktpreisen nähern, Erhöhung der Umsatzsteuer um das Dreifache, Erhöhung der Körperschaftssteuer und Erhöhung des Börsenumsatzstempels.

Gerüchtweise verlautet, daß die Sozialdemokratie beschlossen habe, diesen Vorlagen zuzustimmen unter der Bedingung, daß das Reichsnotopfer auf das doppelte erhöht werde.

*

Der erste Teil dieser Nachricht ist eine Ergänzung der vielen Regierungserklärungen über die bevorstehenden Verbrauchssteuern.

Was den zweiten Teil betrifft, ist die Stellungnahme des „Vorwärts" abzuwarten. Daß die Sozialdemokratie einer erhöhten Zuckersteuer zustimmt, glauben wir nicht; aber auch hier ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Garantiekommission auf die hohe englische Zuckerbelastung hinweist und eine Angleichung verlangt. Eine Verdoppelung des Reichsnotopfers hört sich zuerst erschreckend an. Wenn man jedoch bedenkt, daß seit der Deklarierung dieser Steuer die Geldentwertung weiter fortgeschritten ist, und wenn man weiß, in welch großartiger Weise der Staat dabei hintergangen wurde, so wird man eine solche Verdoppelung weder als Härte noch als Ungerechtigkeit empfinden können.

Lenins Wandlung.

Besprechungen mit ehemaligen Großindustriellen.

Reval, 8. Juni. Lenin und Rykow hatten vertrauliche Besprechungen mit ehemaligen russischen Großindustriellen und Fabrikdirektoren. Es handelte sich um deren Wiedereinsetzung und Wiederherstellung des Privateigentums; auch die Bankfrage wurde hierbei berührt. Lenin erklärte sich bereit, entgegenzukommen; das Ergebnis der Besprechung, in der Lenin den wirtschaftlichen Zusammenbruch zugab, war befriedigend. Die Vertreter des Handels und der Industrie haben ihre Mitarbeit unter den von Lenin angegebenen Bedingungen zugesagt.

Im Moskauer Sowjet kapitulierte auch der uns von Halle her bekannte Losowski, indem er zugab, daß das russische Volk nicht in der Lage sei, die kommunistischen Grundsätze durchzuführen. Die Goldreserven schmölzen immer mehr. Er befürwortete wärmstens die Konzessionen.

*

Man wird gut tun, solche Nachrichten mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Aber daß in Sowjetrußland etwas vorgeht, was über kurz oder lang dem Kommunismus seine Seele rauben muß, ist wohl als sicher anzunehmen. Die Verhandlungen, die Krassin zurzeit in Berlin pflegt, zeigen eine ähnliche Richtung.

Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat setzte am Donnerstag die Beratung über den Entwurf eines Gesetzes fort, betreffend die

Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Aufhäuser (Arbeitnehmervertreter der Industrie): Wert legen wir auf die Annahme des Absatzes 2 im § 1 des Gesetzes, der folgenden Wortlaut haben soll: **„Ohne Rücksicht auf die Bezeichnung gilt im übrigen als Aufsichtsrat im Sinne dieses Gesetzes jedes bei einem solchen Unternehmen aus mehreren Personen gebildete Organ, das nach Gesetz oder Satzung die Aufgabe hat, das zur Geschäftsführung bestellte Organ hierbei zu überwachen."** Diese Sicherung ist für uns unentbehrlich angesichts des Bestrebens der großen Unternehmungen, den Schwerpunkt vom Aufsichtsrat in die Verwaltung zu verlegen.

Geheimrat Dr. Schwarz (Arbeitgebervertreter der Banken): Wir müssen unter allen Umständen vermeiden, besondere, neu zu bildende Organe unter den Begriff des Aufsichtsrates zu bringen. Wir beantragen daher die Streichung des Absatzes 2.

Dr. Thissen (Arbeitnehmervertreter des Handels): Wir wollen unbedingt gegen alle sabotierenden Maßnahmen, die sich bei Ausführung des Gesetzes ergeben könnten, geschützt sein.

Aufhäuser: Im Absatz 2 handelt es sich nicht um besondere Organe, die neben dem Aufsichtsrat bestehen sollen, sondern nur um Sicherung der Einrichtungen gegen eine Umgehung des Gesetzes.

Damit schließt die Aussprache. Es folgt die Abstimmung. Der Antrag v. Braun auf Streichung des Absatzes 2 im § 1 wird mit 101 gegen 90 Stimmen abgelehnt.

Eine Debatte entspinnt sich bei den folgenden Paragraphen, die die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat im Einklag mit § 70 des Betriebsrätegesetzes regeln will. § 70 billigt die Zuständigkeit und einzelnen Rechte der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. Ein Antrag v. Braun wünscht für das Ausführungsgesetz eine Fassung, die diesem § 70 entspricht.

Aufhäuser: Der Reichswirtschafsrat darf sich nach dem Antrag v. Braun nicht darauf beschränken, abzuschreiben, sondern er muß eigene Vorschläge machen.

Professor Franke (von der Reichsregierung ernannt) richtet einen dringenden Appell an die Arbeitgeber, von ihrer kurzsichtigen Politik der Einschränkung der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat Abstand zu nehmen. Werden die Rechte der Betriebsratsmitglieder durch Annahme des Antrages v. Braun eingeschränkt, dann sind unaufhörliche Reibungen die Folge. Wir brauchen gerade jetzt unbedingt eine Politik des Vertrauens. Daß in die Aufsichtsräte großer Unternehmungen Fürsten, Prinzen, Admiräle und ähnliche hochgestellte Persönlichkeiten gewählt werden, beweist doch, daß bei Auswahl des Aufsichtsrates die wirtschaftlichen Kenntnisse nicht entscheidend sind. Warum soll den Arbeitnehmern ein minderes Maß von Vertrauen zugesprochen werden? **Die schwersten Vertrauensbrüche bei einzelnen Aktiengesellschaften sind nicht von Betriebsratsmitgliedern verübt worden!** Sicher werden die Arbeitnehmer nicht ruhen, bis sie die ihnen vorenthaltene Gleichberechtigung errungen haben. Mit der Annahme des Antrages v. Braun ist die Sache nicht erledigt. Wollen Sie (zu den Arbeitgebern) den Arbeitnehmern den Triumph verschaffen, Sieger zu sein, und wieder eine solche Niederlage erleiden, wie bei den Kämpfen um die Tarifverträge? Die ganze Geschichte der Sozialpolitik spricht dafür, daß die Entwickelung in der Richtung völliger Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verlaufen wird. Ich bitte Sie daher dringend, Ihren Widerstand aufzugeben.

Zu den folgenden Paragraphen werden die von den Arbeitgebern eingebrachten Anträge abgelehnt und die Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Der Rest des Gesetzes in der Fassung der Ausschußbeschlüsse und des Gesetzes im ganzen werden mit großer Mehrheit angenommen.

Ueber den Gesetzentwurf zur

Abänderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol

erstattet für einen Sonderausschuß Bericht Kommerzienrat Untucht (Arbeitgebervertreter der Industrie): Die Vorlage hat im Ausschuß keine günstige Aufnahme gefunden. Die Rechte der Monopolverwaltung werden in der Vorlage viel zu weit erstreckt. Die einjährige Erfahrung mit dem Branntweinmonopolgesetz reicht noch nicht zu einer Beurteilung aus. Der Ausschuß hat die Vorlage im ganzen nicht ablehnen wollen, möchte aber verschiedene Maßnahmen vorschlagen. Die Macht der Monopolverwaltung über die Spiritus verarbeitende Industrie ist vom Ausschuß beschränkt worden und dem Beirat eine zweckmäßige Gestaltung gegeben. Wir sind mit der Erhöhung des Steuerertrages wegen des Finanzbedarfes des Reiches einverstanden, bedauern aber, daß bei den jetzigen schwankenden wirtschaftlichen Verhältnissen die Regierung das Gesetz auch in wirtschaftlicher Beziehung vollkommen neu gestalten will. Schließlich empfehlen wir einen Antrag des Vertreters der Raiffeisengenossenschaft zugunsten der Essiggährungsindustrie und der Essigessenzindustrie.

Darauf muß die Debatte abgebrochen werden, weil das Reichsfinanzministerium keinen Vertreter entsandt hat, der einige Fragen des Berichterstatters beantworten könnte.

Es folgt der Bericht des

Ausschusses für Siedlungs- und Wohnungswesen.

Dazu liegen zwei Ausschußanträge vor, von denen der erste fordert: Die als Entschädigung für Siedlungen ausgegebenen Rentenbriefe sollen auch für den Zinsempfangenden von der Kapitalertragssteuer befreit sein, wenn der Zinsempfangende Ausgeber der Rentenbriefe ist, die als Unterlage des Rentenbriefaufkommens dienten. Ein Abänderungsantrag Dr. Belien-Blüher fordert, daß die durch die Wohnungsabgabe aufgebrachten Mittel in der Regel dort zu verwenden sind, wo sie aufgebracht wurden.

Dr. Häkel (Vertreter der Verbraucherschaft) als Berichterstatter: Die Erträge der Wohnungsabgabe sollen restlos für das ländliche Siedlungswesen nutzbar gemacht werden. Die ländlichen Siedlungsbauten sollen bevorzugt, die verfügbaren Truppenübungsplätze zu Siedlungswohnungen bereitgestellt und verhindert werden, daß man in einzelnen Ländern gut bewirtschaftete enteignet. Der Erleichterung der Siedlungsarbeit soll die Befreiung von allen diesem Zwecke dienenden öffentlichen Abgaben, Stempel usw. helfen. Die kleinen, wenig leistungsfähigen Siedlungen müssen finanziell unterstützt werden.

Oberbürgermeister Dr. Belien (Vertreter der Verbraucherschaft): Die Hälfte der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge soll von den Landkreisen zu ländlichen Betrieben verwandt werden. Das geschieht bisher leider nur schablonenhaft.

Oberbürgermeister Dr. Blüher (Vertreter des Hausbesitzes) befürwortet gleichfalls den Abänderungsantrag. — Dr. August Müller und Dr. Häkel wenden sich gegen die Anträge, da die städtischen Siedlungen hier nicht zur Behandlung stehen.

Die Abstimmung ergibt, daß der Abänderungsantrag Dr. Blüher-Belien, wie der Ausschußantrag über die Befreiung der Rentenbriefe von der Kapitalertragssteuer mit großer Mehrheit abgelehnt wird.

Es wird noch die Abänderung des Reichshaftpflichtgesetzes und der Ausschußbericht über die Heranbildung unserer wirtschaftlichen Kräfte genehmigt. — Nächste Sitzung: Freitag.

Arbeiter im Aufsichtsrat.

Der Vorstoß, den die Arbeitgebergruppe des Reichswirtschaftsrates gestern unternommen hat, um die Stellung der Betriebsratsvertreter im Aufsichtsrat zur Aschenputtelrolle herabzudrücken, bildet ein interessantes Kapitel in der Geschichte deutscher Klassenkämpfe. Mit richtigem Instinkt hat der sozial rückständige Teil des industriellen Unternehmertums herausgefunden, daß mit dem Eindringen der Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat eine Entscheidungslinie der wirtschaftlichen Machtverteilung überschritten wird. Den Arbeitern ist nur zu wünschen, daß sie denselben Scharfblick besitzen mögen wie ihre Gegner und daß sie den Wert der — trotz aller Scharfmacherangriffe — behaupteten Position für ihren weiteren Machtkampf ebenso zu würdigen wissen, wie die Unternehmer den Verlust dieser Schlüsselstellung betrauern.

Wir stehen hier am Anfang einer neuen Entwickelung, als deren Endziel wir bezeichnen möchten: Ueberwindung des Gegensatzes zwischen den körperlich und den geistig Arbeitenden, Herstellung eines Verhältnisses der Solidarität zwischen ihnen zur Förderung aller Interessen der lebendigen Arbeiter und zur Ausschaltung aller Interessen des toten Besitzes. Das heißt aber letzten Endes Ueberwindung des kapitalistischen Systems.

Die Arbeiter müssen begreifen, daß mit der mechanisch rohen Ergreifung der Produktionsmittel durch sogenannte „Betriebsbesetzungen" nichts erreicht wird, daß mit solchen Gewaltexperimenten nichts bewiesen wird, als die bedauerliche geistige Unreife eines Teiles der Arbeiterschaft, daß die Herrschaft über die Wirtschaft in erster Linie ein Akt der geistigen Eroberung ist.

Die Arbeiterbewegung hat eine Unzahl wertvoller Kräfte hervorgebracht, wie ja überhaupt die breite Masse des Volkes der ewige Urquell ist, aus dem sich die wirkliche geistige Führerschaft der Nation ständig ergänzt. In der Gesetzgebung, jetzt auch in der Verwaltung und der Regierung selbst, sind Männer tätig, die in jüngeren Jahren am Setzerkasten, am Webstuhl oder Schraubstock gestanden haben und die durch ihren persönlichen Aufstieg den Zusammenhang mit ihrer Klasse nicht verloren haben. Sie wirken, wo sie sich jetzt befinden, als Vertreter des Proletariats.

Ganz anders aber als in der Politik war — wenn man von den verhältnismäßig geringen, rühmlichen Ausnahmen des Genossenschaftswesens absieht — der Gang der Dinge in der Wirtschaft. Die infolge ihrer stärkeren wirtschaftlichen Begabung aus dem Arbeiterstand aufsteigenden Personen wurden fast durchweg Bourgeois und Klassenfeinde des Proletariats. Schon die verhältnismäßig geringe Erhebung des Arbeiters zum Werkmeister genügte in vielen Fällen, ihn in Gegensatz zu seinen einstigen Kameraden zu bringen. Glückte es gar einem oder dem anderen von ihnen, sich durch Talent und Glück zum selbständigen Unternehmer emporzuschwingen, so vergaß er schnell seine Herkunft, und der erfolgreiche Emporkömmling zeigte oft mehr Neigung zur Scharfmacherei als der glückliche Erbe, der seinen Besitz nicht mehr selber erkämpft hatte und darum vielleicht noch eher zu sozialem Verständnis und zu Nachgiebigkeit geneigt war.

Die Arbeiterschaft verstand es, die sich aus ihr entwickelnden politischen Talente in ihren Reihen festzuhalten, wozu freilich auch der reaktionäre Druck der alten Zeit, der gleichsam wie ein Stauwerk wirkte, das Seine beigetragen hat. Die wirtschaftlichen Begabungen aber, die aus ihren Stande emporstiegen, gingen ihr fast restlos verloren und wurden ihre schlimmsten Gegner.

Dazu kam der vom Unternehmertum sorgfältig wachgehaltene Gegensatz zwischen Arbeiter und Angestellten, den Proletarier in der Bluse und denen mit dem Stehkragen. Die Angestellten fühlten sich als eine besondere Kaste, die eine Zwischenstellung zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum einnahm. Waren die Unternehmer die Monarchen der Wirtschaft, so waren die Angestellten ihr Offizierkorps, der Arbeiter aber war „der gemeine Mann".

Alle diese Umstände führten dazu, daß die Arbeiterklasse, während sie mit steigendem Erfolge um die Eroberung der politischen Macht kämpfte, in einen Zustand der geistigen Absperrung gegenüber der Wirtschaft geriet. Während sie in ihren Versammlungen verwickelte Fragen der inneren und äußeren Politik diskutierte, blieben ihr Buchführung und Bilanz, Bank- und Börsenwesen, Weltkonjunktur, Warenhandel, Währungswesen Bücher mit sieben Siegeln. Ihre Unwissenheit auf diesem Gebiete und die Unmöglichkeit, sich hier als Glieder ihrer Klasse praktische Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, wurden der Arbeiter schlimmster Feind.

Jetzt kündigt der Eintritt der Arbeitervertreter in die Aufsichtsräte der großen Unternehmungen als gleichberechtigte Mitglieder den Beginn einer neuen Epoche an. Arbeiter und Angestellte sind inzwischen in gemeinsamer Kampfstellung gegen den Kapitalismus einander näher gerückt, die Schranke, die die Arbeiterschaft an dem Eindringen in die Geheimnisse der Wirtschaftsführung hinderte, ist damit an zwei Stellen zugleich durchbrochen. Man fühlt, hier wird etwas Neues, etwas, was noch nicht da war, was in einer früheren Periode der Kapitalismus als krasse Utopie betrachtet worden wäre.

Die Arbeiterschaft muß nun aus sich heraus die Kräfte entwickeln, die fähig sind, die ihnen gestellten neuen Aufgaben zu lösen, ohne dabei den dauernden Zusammenhang mit ihrer Klasse zu verlieren. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen, aber wenn sich dieser Prozeß vollzogen hat, dann wird sich auch durch ihn das ganze Bild unseres Wirtschaftsaufbaues entscheidend verändert haben. Wieder kommt auf einem neuen Gebiete des Klassenkampfes das Wort des alten Wilhelm Liebknecht zur Geltung: „Wissen ist Macht, Macht ist Wissen!"

In diesem Zusammenhang wird auch ganz klar, warum die Arbeitgeber im Reichswirtschaftsrate die Stellung der Betriebsräte im Aufsichtsrate auf die bloße „Wahrnehmung von Arbeiterinteressen" beschränken wollten. Sie erkennen die große grundsätzliche Bedeutung des Schrittes, den der Betriebsat über das Aufgabengebiet eines „Arbeiterausschusses" alten Stils hinaus tut. Gegen Putsche gibt es „Schupo" und „Orgesch", gegen das legalisierte geistige Eindringen der Arbeiterklasse in die Wirtschaft hilft aber keine Polizei.

Die Vernichtung des ganzen kapitalistischen Systems und seine Ersetzung durch ein sozialistisches mit einem Schlage ist unmöglich. Der Versuch ist in Rußland gescheitert, er muß in anderen wirtschaftlich höher entwickelten Ländern noch schlimmer scheitern. Der Eintritt der Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat als gleichberechtigte Mitglieder ist auch nur der Anfang, nicht der Abschluß einer Entwickelung, unter den Mitteln, die Lage der Arbeiterklasse zu heben, ist er nur eines von vielen, er ist kein Allheilmittel, das gibt es überhaupt nicht. Die Not der Arbeiter, die auf dem kapitalistischem System beruht und die durch dessen politische Auswirkung, den Weltkrieg, vielfach verschärft wurde, wird damit nicht beseitigt. Aber ein neuer Weg des Aufstieges öffnet sich, ihn entschlossen betreten zu haben um des Zieles willen, zu dem er führt, muß der Stolz und die Genugtuung dieser Generation sein. („Vorwärts".)

Volkswirtschaft.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Erfüllung des Ultimatums. — Der Anteil am Ertrag der Industrie. — Industriemonopol. — Beteiligung der Arbeiter am Gewinn des Unternehmens. — Schieberhandel im Westen.

Im Reichstag hat die Debatte über die Regierungserklärung zu keinem klaren Ergebnis geführt über die Absichten, die innerhalb des Kabinetts bestehen, um die Lasten aufzubringen, die uns die Ententestaaten auferlegt haben. Nur soviel ließ sich aus der Erklärung des Reichskanzlers entnehmen, daß zunächst einmal versucht wird, mit neuen Steuern die großen Anforderungen zu decken. Es besteht aber kein Zweifel, daß diese neuen Steuern, sie mögen in noch so großem Ausmaß angelegt werden, auch nicht entfernt die Summe aufbringen können, die zur Deckung der Ansprüche nötig sind. In den Kreisen der ruhig Urteilenden wird die Finanzlage so bewertet, daß neue Steuern nicht zur Lösung des Problems führen. Es müssen andere Einnahmequellen erschlossen werden, aber es wird auch unerträglich für die Sozialdemokratie, wenn sie in der Regierung die Verantwortung übernehmen soll für eine erhebliche Erhöhung der indirekten Besteuerung, ohne daß ein entsprechender Ausgleich gefunden wird für die Belastung des Besitzes. Die Vermögenswerte müssen an der Quelle erfaßt werden. Sobald die aus Industrie, Handel und Landwirtschaft entspringenden Erträge sich erst in die Kassenschränke der kapitalistischen Interessenten verflüchtet haben, ist der Zugriff der Steuerbehörde ein sehr schwieriger, wie alle bisherigen Erfahrungen bestätigen.

Natürlich ist in der Debatte im Reichstag der Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums, dem Reiche eine Beteiligung an den Unternehmungen in Landwirtschaft, städtischem Grundbesitz und Industrie, Handel und Verkehr zu gewähren, auf den entschiedensten Widerspruch der bürgerlichen Parteien gestoßen, die vom Standpunkte ihrer kapitalistischen Interessenvertretung diesen Forderungen fremd gegenüberstehen. Im kapitalistischen Getriebe darf von dem Standpunkte kapitalistischer Interessenvertretung eine Anteilnahme auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage nicht gestattet werden; denn jede Verengung in dem uneingeschränkten Streben nach Profit berührt die Grundfesten kapitalistischer Interessenvertretung. Allerdings wird man sich sehr bald darüber klar werden, daß es kaum einen anderen Weg gibt, wenn man die jetzt eingeschlagene Politik fortsetzen will. So sehr die Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums angegriffen werden, ein Vorschlag, wie in anderer Form die Lösung der dem Kabinett gestellten Aufgabe möglich ist, ist von keiner Seite gegeben. Zögert das Kaulnett, so wird über kurz oder lang gedrängt werden, in dieser oder jener Form in die Kapitalwerte, die investiert sind in Grundbesitz, Banken und Verkehr, einzugreifen, um als Anteilnehmer einen nicht unbeträchtlichen Ertrag zu ziehen.

Wie berechtigt diese Forderung ist, an der Umwandlung des heutigen Besitzes auf das Niveau der Papiermark mit Anteil zu nehmen, mag der Vorgang, der sich in einem der größten Berg- und Hüttenbetriebe, der Phönix-Aktiengesellschaft, vollzieht, darlegen. Diese Gesellschaft erhöht gegenwärtig ihr Grundkapital von 136 000 000 Mark auf 275 00 000 Mark. Dabei ist bestimmt, daß die neuen Aktien, die bereits vom 1. Juli d. J. am Gewinn teilnehmen, den Aktionären zum Kurse von 110 % angeboten werden. Berücksichtigt man, daß an der Börse die Aktien mit 700 % gehandelt werden, so ist leicht ersichtlich, wie enorm groß das Geschenk für die Aktionäre bemessen ist. Diese Transaktionen, die einigen Leuten sehr reichlichen Vorteil in den Schoß werfen, sind bei dem gegenwärtigen Stand unserer Volkswirtschaft unerträglich. An dieser Umwertung des Besitzes muß die Finanzverwaltung durch einen dauernden Anteil am Ertrage der Unternehmungen beteiligt werden.

Ein zweiter Vorgang, der nicht minder vom gegenwärtigen kapitalistischen Standpunkt aus lehrreich darauf hinweist, welche überragende wirtschaftliche Stellung einige Unternehmungen erlangen, ist der Zusammenschluß, den die Leimgroßhändler mit der Aktiengesellschaft für chemische Produkte, vormals Scheidemantel, vollzogen haben. Dieser Konzern wird in der engen Lieferung als einer der größten Betriebe der Leimfabrikation sicherlich sehr bald den gesamten Leimmarkt beherrschen. Der Konzern ist nobel genug, den außenstehenden Interessenten den Beitritt zu ihrer Organisation zu gestatten. Vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkt wird man die Absicht der Gesellschaft, bestimmte Marken in den Handel zu bringen, die in ihrem Wert gleichartig sind, durchaus begründen können, aber es bildet sich in diesem Zusammenschluß zu gleicher Zeit ein sehr einflußreiches Handels- und Produktionsmonopol auf privatkapitalistischer Grundlage. Wenn es einen Betrieb gibt, der für die Sozialisierung reif ist, dann ist es dieses Unternehmen, das schon heute den Markt vollständig beherrscht und dem in der Konkurrenz nur noch eine kleine Zahl relativ untergeordneter Betriebe gegenüberstehen.

Auch der Jahresbericht der Reichsbank gibt einen Hinweis, wie der Staat an den privaten Bankunternehmungen bei ihren Gewinnerträgen beteiligt werden kann. Der Geschäftsabschluß der Reichsbank weist im vergangenen Jahre einen Reingewinn von 53 000 000 Mark auf, von dem an die Aktionäre 15 000 000 Mark verteilt werden, während das Reich 332 000 000 Mk. erhält. Warum soll an den privaten Bankunternehmungen, die ja bereits in ihrem Einfluß sich zu unbeschränkten Beherrschern des Geldmarktes erhoben haben, nicht auch der Staat beteiligt werden.

In der Tschecho-Slowakei ist durch ein Gesetz die Gewinnbeteiligung der Arbeiter so geregelt, daß die beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Bergbau an der Verwaltung der Unternehmungen durch ihre Vertreter im Unternehmungsrat teilnehmen. Der Unternehmer ist verpflichtet, dem Unternehmungsrat die vierteljährlichen Berichte über den Geschäftsbetrieb, die Jahresberichte, die Bilanzen und den Antrag auf Verteilung des Reingewinnes vorzulegen. Der den Arbeitern und Angestellten gebührende Gewinnanteil wird mit 10 % des Reinertrages bemessen, der an die Aktienbesitzer oder einem privaten Unternehmen fällt. Welche praktischen Ergebnisse dieses Gesetz zeitigen wird, muß abgewartet werden.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Erschwerungen unserer Ausfuhr besonders nach England und Frankreich durch die 50prozentige Ausfuhrabgabe zu einem starken Rückgang der deutschen Ausfuhr nach diesen Ländern geführt. Die Ausfuhr von Eisen ist sofort auf ungefähr ein Drittel gesunken. In der Gegenüberstellung der Ausfuhr von Eisen nach diesen beiden Ländern im März und April ergibt sich das folgende: Die Ausfuhr nach England betrug im März 27,6 Millionen Mark, im April 8,2 Millionen Mark; die Ausfuhr nach Frankreich im März 36,4 Millionen Mark, im April 11,5 Millionen Mark. Ganz anders gestaltet sich im Gegensatz hierzu der Verkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Ausfuhr von Deutschland nach Amerika ist im April dieses Jahres auf 6,6 Millionen Dollar gestiegen und wies gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme von 307 000 Dollar auf. Die Einfuhr von Amerika ist im gleichen Monat auf 191 Millionen Dollar beziffert und steht gegenüber der Einfuhr im gleichen Monat des Vorjahres um 4,3 Millionen Dollar zurück. Da England bereits die 50prozentige Abgabe aufgehoben hat, so ist wohl zu erwarten, daß sehr bald wieder ein besseres Verhältnis zwischen dem deutschen und englischen Handel sich entwickelt.

Sehr übel sieht es inbezug auf den Warenverkehr noch immer im Westen aus. Wie vor kurzem berichtet wurde, etabliert sich hier wieder ein umfangreicher Schieberhandel, der insbesondere in Ems, wo die französische Behörde die Ein- und Ausfuhrgenehmigung in der Hand hat, sein Unwesen treibt. In letzter Zeit haben sich in Ems Bureaus aufgetan, die die ungehinderte Einfuhr von Waren aus dem Ausland betreiben und vermitteln. Es werden weiter nicht unbedeutende Mengen an Luxusartikeln, die bisher der Einfuhr gesperrt waren, aus Frankreich herübergebracht. Volkswirtschaftlich eine unglaubliche Kurzsichtigkeit auch vom Standpunkte der französischen Regierung, denn sie müßte erkennen, daß die großen Zahlungsverpflichtungen, die Deutschland damit eingeht, uns in der Zahlungsmöglichkeit der Reparationsleistungen schwächen. Leider ist dort wie bei uns die Erkenntnis nicht an eine objektive Betrachtung der Vorgänge geknüpft, sondern sie steht unter starken kapitalistischen Interessencliquen, die nicht der Allgemeinheit dienen, sondern ihre unmittelbaren persönlichen Vorteile in den Vordergrund stellen.

1500 Prozent Dividende.

Eine im Bamberger Tageblatt veröffentlichte Zuschrift des Allgemeinen Verbraucherbundes läßt einen Blick in die geradezu ungeheuerliche Wucherei im Viehhandel tun. So wird darin berichtet, daß auf einer Generalversammlung der bayrischen Viehhändler-Genossenschaft, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, die Verteilung einer Dividende von nicht weniger als 1500 Prozent — in Worten: Fünfzehnhundert Prozent — vorgeschlagen worden ist, so daß auf einen Anteil von 200 Mark nicht weniger wie 3000 Mark Gewinn entfallen. Einem Teil der Mitglieder war diese Dividende aber offenbar noch ungenügend. Diese verlangten vielmehr, daß die Dividende auf mindestens 2000 Prozent festgesetzt werde. Schließlich einigte man sich dahin, daß neben den 1500 Prozent Dividende noch allen Mitgliedern, die Vieh an die Genossenschaft abgeliefert haben, für jedes einzelne Stück Vieh eine Extraprämie von 170 Mark ausgeschüttet wird

Bedenkt man, daß jeder Händler schon bei jedem Verkauf an die Genossenschaft seine Gewinne eingerechnet hat, so kann man sich eine ungefähre Vorstellung von der Wucherei, die im Viehhandel Platz gegriffen hat, machen. In der Hauptsache beschäftigt sich die Genossenschaft mit dem Aufkauf von Vieh zur Ablieferung an die Entente. Hierbei hat ihr die Regierung noch eine besondere Unterstützung in Form einer 12½prozentigen Nachzahlung gewährt. Das ist ein unerhörter Skandal, der nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann. Selbst die Frankfurter Zeitung bemerkt hierzu:

> Wir können die Angaben des Allgemeinen Verbraucherbundes vorerst nicht nachprüfen; treffen sie aber auch nur einigermaßen zu, so wäre damit der Beweis geliefert, wie schamlos die große Masse des Volkes von Volksgenossen bewuchert wird. Und dazu wäre ein drastisches Gegenstück zu den, mitunter aufreizenden Gewinnausweisen industrieller Unternehmungen gegeben, deren Profite nun doch nicht so versteckt bleiben können als die der genannten Viehhändler, die einem Lande angehören, dessen offizielle und repräsentative Spitzen mit besonderem Nachdruck Wucher- und Schiebertum bekämpfen wollen.

Es ist selbstverständlich, daß die Regierung über ihre der Viehhändlergenossenschaft gewährte finanzielle Unterstützung zur Rechenschaft gezogen werden muß, denn es geht nicht an, daß die vom Hungerlohn der Arbeiter und Angestellten abgezogenen zehn Prozent einer Gruppe von Händlern zugeführt werden, damit diese eine sich in die Tausende von Prozenten belaufende Dividende teilen können.

Preisrückgang in der Zellstoffindustrie.

Frankfurt, 9. Juni. Der Verein deutscher Zellstoffabrikanten hat in einer dieser Tage in München abgehaltenen Tagung eine sofortige Preisherabsetzung von 35 Mark für 100 Kilo für ungebleichten und von 50 Mark für gebleichten Zellstoff beschlossen. Das entspricht einer Preisermäßigung um etwa 10 %. Diese Ermäßigung erstreckt sich auf alle Sorten Zellstoff. Sie gilt einstweilen bis zum 30. Dezemeber 1921, vorausgesetzt, daß nicht inzwischen Betriebsmaßnahmen und sonstige Verhältnisse eine andere Regelung notwendig machen.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 9. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		9. Juni.	8. Juni.
Holland	100 fl.	2250.—	2282,50
Kopenhagen	100 Kr.	1170.—	1160.—
Stockholm	100 Kr.	1520.—	1492.50
Kristiania	100 Kr.	997.50	987.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	121.75	123.—
Schweiz	100 Frs.	1150.—	1142.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	15.50	15.25
Budapest	100 K.	27.87	27.75
Prag	100 K.	94.50	95.—
Spanien	100 Pesetas	867.50	857.50
London	1 £	255.—	258.—
Paris	100 Frs.	537.—	538.—
Belgien	100 Frs.	537.—	537.—
Italien	100 Lire	327.—	327.—
Bukarest	100 Lei	—.—	107.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	68.50	65.62
do. briefl. Ausz. od. Scheck		68.36	66.37

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 9. Juni 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage Std.
D.		Fehmarn	Schwenn	Burgstaken	4

Angekommen am 10. Juni 1921.

D.		Kanal 2	Petersen	Gothenburg	1½
D.		T 10 Nege	Raßmuß	Bremerhaven	1

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Herren

Hüte - Kragen
Oberhemden
Einsatzhemden
Unterwäsche
Hosenträger Socken

Dargel - Blic
Holstenstraße 16.

2812

Das Betriebsräte-gesetz v. Paul Umbreit
2,50 Mk.

Kunst der freien Rede von Fritz Müller
2,00 Mk.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Freitag und Sonnabend:

Prima Holländer	℔ 9.80
Prima Limburger	„ 9.20
Rindertalg	„ 7.40
Camembert	Stück 2.85

Pa. Margarine (bek. Qual.)
Pfd. 7.90 und 9.20.
Franz Pottharst,
2827) Hundestr. 2.

J. H. Bein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufskleidung.
2840

Pa. Ochsenbr. 9.—
Hack u. Gulasch 10.—
Rollfl. u. Beefst. 12.—
Weißes Schmalz 10.—
Felix Peters,
Glandorpstr. 45.
2811

Anzeigen

für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Steuerbuch

enthaltend:
Einkommensteuergesetz
Körperschaftssteuergesetz
Kapitalertragsteuergesetz
Landessteuergesetz
Gebührensteuergesetz
Reichsabgabenordnung
mit gemeinverständlichen Erläuterungen.

Herausgegeben von
Wilhelm Kell.
Preis Mk. 20.—.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Serien-Tage!

In allen Abteilungen meines Hauses gelangen große Posten Waren, in Serien zusammengestellt, zu außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf. Diese im Frieden so sehr beliebten Serientage bieten dem kaufenden Publikum eine überaus günstige Einkaufsgelegenheit.

9.50 Mk.

Rohnessel	ca. 80 cm breit, prima Qualität, Mtr.	9.50	**Korsettschoner**	gute Qualität, weiß gestrickt	9.50
Hemdentuch	mittelfädig, zirka 80 cm breit, Mtr.	9.50	**Gestr. U.-Taillen**	in grau, ohne Aermel.....	9.50
Gardinennessel	gestr., 90 cm breit, 1½ Mtr.	9.50	**Netzhemden**	für Herren, Größe 4—6.....	9.50
Eleg. Damen-U.-Taillen	mit Stickerei und Hohlsaum	9.50	**Damen-Strümpfe**	schw.-baumw. Doppelsohle..	9.50
Gerstenkorn	für Handtücher mit Borte, 2 Mtr.	9.50	**Herren-Socken**	schw. u. braun, Doppelsp. u. Fers.	9.50
Geschirrtuch	in Halbleinen, # 45×50 cm...	9.50	**Herr.-Socken**	grau m. verstärkt. Sp. u. Ferse, 2 Paar	9.50
Handtuch	fertig gesäumt, in weiß und grau, Stück	9.50	**Hosenträger**	Gummi mit Lederstrippen.....Paar	9.50
Sportflanell	für Blusen und Hemden... Meter	9.50	**Sportvorhemden**	mit Doppelkragen	9.50
			Babyschuhe	Kamelhaar imit. Größe 18—21....	9.50
Gelbe Staubtücher	35×35, Leder imit., 4 Stück	9.50			
Gelbe Staubtücher	Ia. Qualität 40×40, 3 St.	9.50			
Weiße H.-Tasch.-Tücher	2 u. 3 St.	9.50			
Damen-Blusen	in farbig, aus Schleierstoff mit weiß. Paspel u. Knopfgarn.	9.50			
Dam.-T.-Tücher	schlicht u. buntkantig, 3 u. 5 St.	9.50			
Kind.-T.-Tücher	farbig, rot u. bl. # 33×33, 4 St.	9.50			
Zipfelmützen	in allen modern. Farben.....	9.50			
Hand- und Besuchstaschen		9.50			

19.50 Mk.

Gestr. Blusenstoff	ca. 80 br. für Sportbl. 2 m	19.50	**Frottierhandtuch**	Ia. Qualität weiß u. gelb	19.50
Wien. Leinen	für Schürzen, 120 cm br., Mtr.	19.50	**Handtuchdrell**	Gerstenkorn .....2½ Meter	19.50
Kaketi	für Waschanzüge, weiß mit blau gestreift, Mtr.	19.50	**Hemdentuch**	mittelfädige Qualität.... 2 Meter	19.50
Waschstoff	für Kinder-Kleider 1½ Meter	19.50	**Große Posten Herm.-Hemden u. -Hosen**	für Herren in allen Größen..	19.50
Volle	gemustert, 110 cm breit, Meter	19.50	**Formen u. Hüte**	für Damen, einfach garn.	19.50
Zephir	für Sportblusen und Hemden....1½ Meter	19.50	**Damen-Hemden**	a. Wäschetuch m. Languette	19.50
Bettinlett	gestreift, 80 cm breit, Meter	19.50	**Damen-Korsetts**	aus gut. Stoff m. Languette	19.50
Weiß Pikee	für Nachtjacken, 80 cm br., 1½ Mtr.	19.50			
Stickerei-U.-Taillen	hübsch garniert	19.50			
Servierschürzen	weiß, mit Stickerei	19.50			
Damen-Schürzen	in farbig Wien. Form	19.50			
Küchenschürzen	vollweit, doppelseit. bedr.	19.50			
Kinder-U.-Röcke	m. Leibchen Gr. 45—60	19.50			
Dam. u. Kd.-Plüschpantoffeln		19.50			
Dam.-Filzpantoffeln	m. dick. Sohle	19.50			
Kd.-Spang.-Schuhe	m. Leders. Gr. 21—26	19.50			

29.50 Mk.

Dam.-Schürzen	wß. m. Volant u. Hohlsaum	29.50	**Echt rot. Bettinlett**	gar. federd. 80 cm br., m	29.50
Farb. Schürzen	Ia. Wien. Lein. in versch. Form.	29.50	**Gestr. Bettinlett**	f. Unterbetten 120 cm br. t. Mtr.	29.50
Helle D.-Drell-Korsetts	extra stark, mit Languette	29.50	**Hemdentuch**	mittelfädige Ware ca. 80 cm br. 3 Mtr.	29.50
Stickereihemden	gute Qualität	29.50	**Bettuchhalbleinen**	gute Ware 140 cm Mtr.	29.50
Herr.-Norm.-U.-Hosen	helle Ware	29.50	**Gerstenkorn**	für Handtücher m. Borte 4 Mtr.	29.50
Normal-Hemden	schw. Qual. Gr. 4—6	29.50	**Kissenbezüge**	mit Languetten und Einsätzen	29.50
			Bettvorleger	imit. Perser, in hübsch. Mustern	29.50
Musseline	in Bwll., entzück. Must., f. K.-Kld. 2 m	29.50			
Blusenstoff	schw./weiß ₩. w.-echte Qual. 2 Mtr.	29.50			
Fert. Dam.-Blusen	in bwll. Mussel. mit Knopf u. Paspelgarnit.	29.50			
Schürzenstoffe	in gestr. Dess., pa. Qual. 2 Mtr.	29.50			
Perkal	für Sporthemden und Blusen..... 2 Meter	29.50			
Hemdenflanell	ca. 70 cm brt. helle Must. 3 Mtr.	29.50			

39.50 Mk.

Dam.-Korsetts	in versch.-Stoffart., lange Form	39.50	**Damen-Blusen**	aus farb. Batist jugendl. Form.	39.50
Beinkleider	f. Dam. m. Stickerei prima Qualität	39.50	**Kinder-Kleider**	in Zephir, bw. Mus. u. Volle	39.50
Stick.-Uni.-Röcke	für Damen m. br. Vol.	39.50	**Damen-Sport-Röcke**	in weiß. Panama	39.50
Wasch-Uni.-Röcke	in Drell u. gestr. W.-L.	39.50	**Garnierte Damen-Hüte**	in Tagal- und Bastgeflecht	39.50
Weiß. Dam.-Schürz.	m. reich. Stickerei	39.50	**Gestr. Gard.-Mull**	80 cm br., gt. Qualit. 3 m	39.50
Damen-Schürzen	volle Weite Wiener Form	39.50	**Wasch-Volle**	weiss, 120 cm breit .... 1½ m	39.50
Einsatz-Hemden	für Herren Mako imit.	39.50			
Hemden-Zephir	hübsche Must. 8 m	39.50			
Läuferstoff	Haargarn imitiert 65 cm breit .. m	39.50			
Bettsatin	140 cm breit, Bandstreifen .....Meter	39.50			
Hemdentuch	gute Qualität 4-m-Koupon	39.50			
Steppdecken	für Kinderwagen 60×80 cm	39.50			
Bettvorleger	Perser imitiert 45×90	39.50			
Weiße Schlafdecken	schwere Ware	39.50			

49.50 Mk.

Einsatz-Hemden	m. farb. Eins. in all. Größ.	49.50	**Waffeldecken**	bunt, 140×190 cm	49.50
Pa. Mako-Hemden	in allen Größen	49.50	**Fertige Bettlaken**	Haustuch 120×225 cm	49.50
Weiße Herren-Hemden	pa. Halbl.-Qual. eig. Anfert.	49.50	**Bettdamast**	geblümt. 140 cm breit, Mtr.....	49.50
Filzschuhe	mit Ledersohle und -Absatz.....	49.50	**Echt rot Bettinlett**	für Oberbetten Mtr.	49.50
Stoffhausschuhe	für Damen m. Ledersohle	49.50	**Gestr. Inlett**	für Unt.-Betten, 115 cm, 1½ Mtr.	49.50
			Hemdentuch	feinfädig, 4-m-Kupon	49.50
Dam.-Unt.-Röcke	gestr. w. Leln., Ia. Qual.....	49.50			
Dam.-Sportblusen	in Flanell u. Zephir	49.50			
Elegant garnierte Damen-Hüte	in schwarz und farbig	49.50			
D.-Blusen	schwarz u. blau, in Satin u. Kreppstoff.	49.50			
Eleg. D.-Korsetts	weiß u. farbig a. best. Stoff.	49.50			

Wegen Platzmangel konnte nur ein Teil der ausgelegten Serien-Artikel angeführt werden.

(21893

Hans Struve

Lübeck
Königstr. 87-89
Ecke Wahmstr.

Neumünster — Rendsburg — Itzehoe.

Jeden Freitag (2829
geräuch. wismarsche
Aale

Weißes Schmalz	9.50, 10.50
Karbonaden-Speck	12.80
Ger. fetten u. durchwachsenen Speck	Mk. 11.—
Pikanter Käse	7.— u. 8.—
Dänischer Käse	11 bis 15

Karl Grube
Rensefeld
Lindenstraße 14.

Auszug aus den wichtigsten Steuergesetzen
in Plakatform, zweifarbig gedruckt, nach dem Stande vom 1. April 1921,
Preis Mk. 8,00.
Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co.,
Buchhandlung.

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16.
Kein Gefrierfleisch!

Prima fettes Rindfl. ℔	9.—
Beefsteak, Rollfleisch „	14.—
Pa. fettes Hammelfl. „	10.—
„ „ Schweinefleisch „	14.—
„ weißes Schmalz „	10.—
Pa. ger. magern Speck bei Abnahme v. 8 ℔	11.50
Pa. g. dick. fett. Karbonadenspeck b. Abn. v. 8 ℔	12.50

Frisches Gehacktes. 2828

Haltbare Hosenträger
Herrenwäsche
Krawatten 2815
in großer Auswahl.
Papier-Wäsche
(Mey & Edlich) zu Fabrikpreis.
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.
(2826

Versammlung
der
Kohlenakkordarbeiter
am Sonnabend, dem 11. Juni
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

2825
Lübecker Arbeiter-Schachverein
Spiel- und Unterrichtsabende jeden Mittwoch und Sonnabend von 8—10 Uhr im **Abstinenz-Café, Untertrave 100.**
Neuanmeldungen werden daselbst entgegen genommen.

Hansa-Theater
8 Uhr. Täglich
Der große Schlager:
Der verjüngte Adolar. 2840
Operettenschwank in 3 Akten von Walter Kollo.
Kleine Sommerpreise.

Stadttheater Lübeck.
Abonnement 1921/22.

Diejenigen Abonnenten, die ihr Abonnement noch zu erneuern beabsichtigen, werden wiederholt gebeten, dieses bis zum 9. d. Mts. zu tun, da infolge der vielen Neuanmeldungen über die Plätze vom 12. d. Mts. bestimmt verfügt werden wird. (2819

Neuan- und Abmeldungen während der Bureaustunden von 9—12½ und 3—6 Uhr.

Rechnungen für die mit dem 31. Mai abgelaufene Spielzeit werden wegen der Rechnungslegung umgehend erbeten. **Die Direktion.**

Beilage zu Nr. 133
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 10. Juni 1921

Freistaat Lübeck.

Freitag, 10. Juni.

In der Bahn.

Des Morgens zwischen sieben und acht
Fahre ich in die Stadt hinein:
Ganz gleich ob Frühling und Sommer lacht,
Ob die weißen Schneeflocken schnei'n!
So fahr ich nun schon Jahr um Jahr,
Und mit mir eine ganze Schar.

Manch Mädel hielt neben mir den Sitz,
Rosig und rund und frisch und lieb —
Und wurde welk und fahl und spitz
Und müde . . . Wo die Zeit nur blieb!
Und mancher, wie die ewige Kraft,
Ward unversehens dahingerafft!

Wir wissen nicht, wie wir heißen, doch weiß
Ein Jeder: „Dich kenn ich schon Jahre lang;
Einst warst du jung, jetzt bist du ein Greis!"
Ins Joch preßt uns alle der gleiche Zwang:
Wir sind die großstädtische Arbeitsfracht
Des Morgens zwischen sieben und acht . . .

—ss—

Der Lübecker „Stahlhelm" wirbt Truppen.

Die nach militärischen Grundsätzen aufgebauten Organisationen Orgesch und Stahlhelm schwören, wenn es sein muß, dreimal am Tage ihr Lebenselement ab. Sie behaupten, die unschuldigsten Verbindungen zu sein, einzig zu dem Zwecke geschaffen, den Staat im Falle der Not zu schützen und dessen ordnungschaffenden Organe zu stützen. Hier in Lübeck fechten die „Lübeckischen Anzeigen" für diese Brüderschaften mit besonderer Vorliebe und suchen mit dem verdrehtesten Augenaufschlag die absolute Ungefährlichkeit dieser staatsfeindlichen Selbstschutzorganisationen sowie deren Daseinsnotwendigkeit zu beweisen. Was wir von derartigen Beteuerungen zu halten haben, ist bekannt. Wir lassen uns durch den blauen Dunst nicht beirren, mit dem diese Gottesgnadentumanbeter ihre hinterhältigen Absichten zu verbergen suchen. Es sind Militaristen und nichts als Militaristen, die auf graden und krummen Wegen ihrem reaktionären Ziel näher zu kommen versuchen.

In letzter Zeit haben sich die Lübecker Stahlhelmleute wie deren Freunde in Bremen und anderwärts auf den Werbefang junger Rekruten eingestellt. Uns sind Klagen von Vätern entgegengebracht worden, wonach deren minderjährigen Söhne verführt wurden, sich für Oberschlesien anwerben zu lassen. Viele hatten sich dazu bereit erklärt und sind auch längst abgefahren. Wie uns ferner mitgeteilt wurde, suchte man insbesondere junge Leute von 17 und 18 Jahren heraus, denen man 300 Mk. Reisegeld versprach. In Trupps von 5—6 Mann schob man die jungen Leute heimlich ab. Sogar gegen den Willen der Eltern wurden die minderjährigen Burschen einzufangen gesucht. Wir haben uns an den Poltzeiherrn, Senator Mehrlein gewandt und diese Angaben bestätigt erhalten. Er teilte uns dabei mit, daß auf seine Veranlassung beim Stahlhelm eine Haussuchung stattgefunden hat, wobei Papiere und 260 Mk. Werbegeld beschlagnahmt wurden. Die ganze Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben.

Wir wollen es für heute bei diesen Angaben bewenden lassen. Wir wiederholen: Orgesch und Stahlhelm sind Organisationen, die sich in ihren Absichten der Oeffentlichkeit gegenüber dumm stellen, in Wirklichkeit aber die Organe der reaktionärsten Gewalten sind, deren Hauptaufgabe die Beseitigung der Republik ist. Die Werbungen, die sie heute für Oberschlesien vornehmen, veranlassen sie morgen für jede andere ihnen passende Absicht. Daß diese Herrschaften bei passender Gelegenheit sich nicht allein mit Gummiknüppeln der politischen Macht bemeistern wollen, ist klar und hat auch der Kapp-Putsch bewiesen. Die Escherische, Lüttwitze und Jagows sind gerade die rechten „Beschützer" von Ruhe und Ordnung. Sie sind ein militärisch organisierter Staat im Staate, dessen Oberherrschaft sie so oder so wieder übernehmen wollen. Wir erwarten von den maßgebenden Stellen, daß sie, wie erfolgt, auch weiterhin rücksichtslos gegen derartige Umtriebe vorgehen und hoffen auch von der Staatsanwaltschaft, daß sie der Sache gründlich nachgeht.

•

Vom Polizeiamt wird uns in dieser Sache noch folgendes mitgeteilt: Zahlreiche an das Polizeiamt gerichtete Anfragen bezüglich Verhaftungen in Sachen der hiesigen Organisation „Stahlhelm" veranlassen uns zu folgender Mitteilung: Es ist richtig, daß festgestellt wurde, daß von seiten der hiesigen Organisation „Stahlhelm" Werbungen unter ihren Mitgliedern für Oberschlesien vorgenommen sind. Es ist auch weiter festgestellt, daß verschiedene Vorstandsmitglieder dieser Gruppe nach Oberschlesien gereist sind und bei der dortigen Selbstschutzorganisation kämpfen. Es sind Unterstützungen bis zu 300 Mk. an solche Leute gezahlt worden, die nach Oberschlesien fahren wollen bezw. gefahren sind. Auf Veranlassung des Polizeiamtes hat eine Haussuchung in der Geschäftsstelle der genannten Organisation stattgefunden und ist das dort vorgefundene Material nebst den bereits erwähnten Feststellungen der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung überwiesen worden. Die Presse wird daher ersucht, das Ergebnis dieser Untersuchung bezw. der gerichtlichen Verfolgung abzuwarten, da ihr Einzelheiten zurzeit nicht mitgeteilt werden können.

Der Steuerabzug der Hausangestellten.

Der Steuerabzug vom Lohn der Hausangestellten stellt sich unter Berücksichtigung der erhöhten Werte der Sachbezüge mit Wirkung vom 1. Mai d. Js. ab bei Hausangestellten mit einem Monatsgehalt von 50—300 Mk. wie folgt:

Monatl. Barlohn	Der Steuerberechnung zu Grunde zu legender Wert der Natural- und Sachbezüge (freie Kost und Wohnung)	zusammen	Beiträge des Arbeitnehmers für die Krankenversicherung		Beiträge des Arbeitnehmers für die Invalidenversicherung		Höhe des 10proz. Steuerbetrages bei Zahlung neben fließender Versicherungsbeiträge durch den Arbeitnehmer		Höhe des 10proz. Steuerbetrages bei Zahlung der Versicherungsbeiträge durch den Arbeitgeber
in Mk.	in Mk.	in Mk.	in Mk.		in Mk.		in Mk.		in Mk.
			a	b	a	b	a	b	a u. b
50	180	230	7,20	9,60	5,60	5,60	11	11	13
60	180	240	7,20	9,60	5,60	5,60	12	12	14
70	180	250	7,20	12,—	5,60	5,60	13	13	15
75	180	255	7,20	12,—	5,60	5,60	14	13	15
80	180	260	9,60	12,—	5,60	5,60	14	14	16
85	180	265	9,60	12,—	5,60	5,60	14	14	16
90	180	270	9,60	12,—	5,60	5,60	15	15	17
95	180	275	9,60	12,—	5,60	5,60	15	15	17
100	180	280	9,60	12,—	5,60	5,60	16	16	18
110	180	290	9,60	12,—	5,60	5,60	17	17	19
120	180	300	9,60	12,—	5,60	5,60	18	18	20
125	180	305	9,60	12,—	5,60	5,60	18	18	20
130	180	310	9,60	14,40	5,60	5,60	19	19	21
140	180	320	9,60	14,40	5,60	5,60	20	20	22
150	180	330	12,—	14,40	5,60	5,60	21	21	23
160	180	340	12,—	14,40	5,60	5,60	22	22	24
170	180	350	12,—	14,40	5,60	5,60	23	23	25
175	180	355	12,—	14,40	5,60	5,60	23	23	25
180	180	360	12,—	14,40	5,60	5,60	24	24	26
190	180	370	12,—	18,—	5,60	5,60	25	24	27
200	180	380	12,—	18,—	5,60	5,60	26	25	28
210	180	390	14,40	18,—	5,60	5,60	27	26	29
220	180	400	14,40	18,—	5,60	5,60	28	27	30
225	180	405	14,40	18,—	5,60	5,60	28	28	30
230	180	410	14,40	18,—	5,60	5,60	29	28	31
240	180	420	14,40	18,—	5,60	5,60	30	29	32
250	180	430	14,40	18,—	5,60	5,60	31	30	33
260	180	440	14,40	18,—	5,60	5,60	32	31	34
270	180	450	18,—	18,—	5,60	5,60	32	32	35
275	180	455	18,—	18,—	5,60	5,60	33	33	35
280	180	460	18,—	21,60	5,60	5,60	33	33	36
290	180	470	18,—	21,60	5,60	5,60	34	34	37
300	180	480	18,—	21,60	5,60	5,60	35	35	38

Die in vorstehender Tabelle unter a genannten Beträge gelten für einen Dienstknecht, Dienstmädchen und Hausknecht, die unter b genannten für eine Haushälterin, Mamsell und Stütze.

Schwarz-Rot-Gold.

Im Hamburger Echo richtet Genosse Leuteritz an Paul Müller einen offenen Brief, der sich mit der nationalistischen Fahnenrede beschäftigt, die Müller bei den Reedern und Großkapitalisten hielt. Aus dem geschichtlichen Rückblick des Genossen Leuteritz wollen wir folgenden sehr zutreffenden Ausschnitt wiedergeben:

„Die Farben schwarz-rot-gold waren zuerst die Farben für ein erhoffties und ersehntes großes und einheitliches Deutschland, und sie wurden, als die Burschenschaften von den Hohenzollern und ihren Henkersknechten als Unruhestifter und Vaterlandsfeinde verfolgt wurden, sehr bald auch die Farben für ein ersehntes freies Deutschland. Das blieben sie bis 1848. In der Märzrevolution ließen in Berlin wie in Baden für die Farben schwarz-rot-gold neben dem kämpfenden Bürgertum auch die ersten Proletarier auf den Barrikaden ihr Leben. Es schien, daß 1848 die Farben schwarz-rot-gold nun deutsche Farben wurden. Schon ritt ein König Wilhelm IV. von Preußen mit einem glänzenden Gefolge von Generälen und Offizieren mit schwarz-rot-goldener Schärpe durch die Straßen von Berlin und heuchelte Freiheitssinn und Volksliebe. Aber die Reaktion siegte wieder. Das freie demokratische Großdeutschland blieb wieder nur ein Traum. Es blieb, wie nach den Befreiungskriegen, „das deutsche Bunt und lam nicht der deutsche Bund", wie Turnvater Jahn 1815 erbittert sagte. Zum dritten Male wurden die Farben schwarz-rot-gold erhoben für das aus der Revolution 1918 hervorgegangene neue, freie und demokratische Deutschland. Nunmehr hatte die überwältigende Mehrheit des ganzen deutschen Volkes durch seine Vertreter beschlossen, die alten Farben schwarz-rot-gold zu den Farben der demokratischen Republik Deutschlands zu machen. Ein Kaiser, wie es die Jugend von 1813 erhoffte, hat Deutschland nicht die Freiheit und nicht die Gleichberechtigung gebracht. Der letzte der drei Hohenzollernkaiser hat uns nicht einer großen Zukunft, sondern dem Zusammenbruch zugeführt. Das Hohenzollernkaisertum hat mia dem Pfande, das ihm vom unverbesserlich vertrauensseligen Bürgertum anvertraut war, ein ganz verantwortungsloses Spiel getrieben. Die demokratische Republik muß das Werk der Aufrichtung vollbringen und die Farben dieser Republik sind schwarz-rot-gold. Ein Kapp-Lüttwitz wollte die Farben durch Hochverrat und Dekret beseitigen, sein Plan wurde niedergeschlagen. Die kaiserlichen Deutschnationalen und Volksparteiler haben versucht, die Flagge tot zu reden, tot zu schreiben und tot zu schimpfen. Sie lebt und wird bleiben. Das deutsche Volk wird sie achten und lieben lernen: der Republik zur Ehre, der Reaktion zum Trotz. Und wenn heute die Reaktion gemeinsam mit Ihnen, Herr Müller, den Mantel „wirtschaftliche Gründe" um die Schultern hängt, so weiß ganz Deutschland doch, daß es Haß der kaiserlichen Reaktion ist, der unter dem Mantel glüht und sich gegen das geschichtlich wohl begründete Schwarz-rot-gold lehnt.

Wußten Sie das alles nicht, Herr Müller? Warum reden Sie dann über Flaggen, wenn Sie nichts davon wissen? Oder wußten Sie es? Dann sind Sie ein Börsenmarktschreier, der dreist die Geschichte fälscht, um kaiserlichen Interessen zu dienen. Und wenn Sie weder Nichtwisser noch Marktschreier sein wollen, dann sind Sie (bildlich gesprochen) eine tötende Grammophonplatte, die nur das schlecht wiedergibt, was deutschnationale Demagogen auf Sie einsprachen. Die demokratische Republik ist heute nicht nur Staatsform, sondern die einzige Existenzmöglichkeit Deutschlands. Nichts darf von ihr aufgegeben werden, nicht das Unscheinbarste, es wäre der erste Triumph der übelsten Feinde des Volkes: der verantwortungslosen Nationalisten. Die deutsche Sozialdemokratie wird darum trotz Ihnen und anderen die unerschütterliche Stütze der Republik und ihrer Symbole, der Verfassung der der Farben der Republik sein. Sie aber, Herr Müller, der Sie früher Sozialdemokrat waren, wenn Sie in dem Irrglauben leben sollten, daß Sie noch Sozialdemokrat wären, weil Sie ein Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei noch in irgend einem Schubfach liegen haben, Sie gemahne ich noch an eines: Seien Sie dann ehrlich und stellen Sie dies Mitgliedsbuch der Partei zu, der anzugehören Sie nicht mehr würdig sind. Denn Sie haben eine deutschnationale Scharlatansrede gehalten."

Alkohol und Sozialisierung.

Mit welch unglaublicher Borniertheit die satten Spießer große wirtschaftspolitische Fragen behandeln, zeigte sich wieder einmal auf dem Deutschen Gastwirtetag in Hamburg, der bekanntlich mit dem Liede Heil dir im Siegerkranz eingeleitet wurde. Am Mittwoch nun beschäftigten sich diese Herren mit der Sozialisierungsfrage. Sie nahmen eine Entschließung an, in der

„mit Entrüstung von dem Vorschlage der Sozialisierungskommission vom 24. September 1920 für ein Sozialisierungsgesetz Kenntnis genommen wird, namentlich aber von den im Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen über die Kommunalisierung der Erzeugung, Beschaffung, Lagerung und den Vertrieb von Nahrungsmitteln, weil die Durchführung des geplanten Gesetzes Hunderttausende von selbständigen, bis jetzt noch steuerkräftigen Gastwirtsbetrieben ihrer Existenzmöglichkeit berauben und sie proletarisieren würde. Ferner würden weit über 800 000 ihrer Gewerbegehilfen der Arbeitslosigkeit und damit der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. Die Folge hiervon wäre eine erhebliche Belastung der öffentlichen Kassen und eine bedenkliche Vermehrung des Milliardendefizits."

Uns wundert nur, daß in dieser Entschließung nicht gleich der Weltuntergang im Falle der Sozialisierung prophezeit wird. Daß die Sozialisierung zugleich die Entlassung sämtlicher Angestellten eines Gewerbes zur Folge hat, diese Weisheit zu ergründen blieb

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

41. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Einen Augenblick überlegte er die Möglichkeit, daß Wels bei einem Spiel- oder Liebesabenteuer irgendwo verunglückt wäre oder festsäße. Aber dann schüttelte er den Kopf. So blind und betäubt er die ganzen Wochen seit Marthas Fortgehen gewesen war, so klar und scharf sah er jetzt alles. Ja, es war ihm sogar, als ob er selbst auf dieses Ende hignearbeitet habe.

Aber dennoch zitterte er, als er auf die kleine Bank kam, um sich Auskunft zu holen. Er hatte mit dem Chef selbst eine Unterredung, der ihn in freundlichster Weise zu trösten versuchte. Wittkamp hörte kaum darauf hin. Als er erfahren hatte, daß das ganze Geld bis auf einen Rest von etwa fünfzig Dollar abgehoben sei, daß das Geld der Frau überhaupt nicht auf der Bank deponiert gewesen, ließ er sich eine Abrechnung ausschreiben und den Rest des Geldes geben. Dann ging er zum Geschäft.

Die Arbeiter standen unten im Salon an der Bar und warteten auf ihn. Wittkamp bezahlte noch eine Runde und schickte sie mit dem Schlüssel hinauf. Nur den ältesten Gehilfen, Franke, behielt er unten, um sich mit ihm zu besprechen.

Er war ein Berliner, ein tüchtiger, intelligenter Mensch, ein alter Bekannter von Wels.

„So?" sagte der, nachdem er sich von seiner Ueberraschung erholt hatte, „ich hab es mir schon längst gedacht, daß da etwas nicht richtig war. Wels ist doch sonst nich so. Wenn der sich mit jemand einläßt, dann weiß er auch warum. Na, und Sie, Sie mögen ja sonst ganz tüchtig sein, aber Sie kennen ja nichts von der Branche, und das Abliefern und so weiter hätte auch jeder Gehilfe besorgen können."

Wittkamp errötete, weil er dachte, Franke mache sich über ihn lustig. Aber dafür war der Berliner viel zu gutmütig.

„Um Sie tut es mir ja noch am meisten leid!" fuhr er fort. „Ich und die andern beiden, wir finden sofort Stellung, wir können heute nachmittag schon anfangen, wenn wir wollen. Und die Grünhörner, für die ist es auch ein wahrer Segen, wenn sie hier fortkamen. Hungern können sie überall, dafür brauchen sie nicht ihre Zeit zu vertrödeln, denn hier lernt doch keiner was."

Wittkamp hatte sich schon öfter geschämt über die Art, in der Wels diese jungen Menschen ausbeutete. Aber es war doch niemals dazu gekommen, daß er Einspruch erhoben hätte. Im Anfang wagte er es nicht, gegen Wels aufzutreten, und später wurde ihm ja alles so gleichgültig.

Er erzählte jetzt Franke offen, daß er die Greenhorns ausbezahlen wollte, daß es ihm aber lieb sei, wenn die drei an Stelle der Bezahlung Werkzeuge und Material übernehmen wollten. Sie sollten gewiß nicht zu kurz kommen.

„Ein anderer Boß würde euch überhaupt sitzen lassen. Aber ich will jetzt alles auflösen, und ihr bekommt an den guten Sachen doch sicher den dreifachen Betrag eures Lohnes heraus."

Wittkamp ging hinauf und sandte die beiden Gehilfen in die Wirtschaft zu Franke. Dann sprach er zu den andern. Es waren fünf Mann — zwei russische, ein polnischer Jude, ein Schneider aus Elsaß-Lothringen und ein verbummelter Norddeutscher.

Als sie hörten, daß sie abgelohnt werden sollten, begannen die Juden heftig zu zanken. Herr Wels hätte ihnen so viel versprochen. Die andern beiden schwiegen.

Aber Wittkampp war jetzt kurz angebunden.

„Ich zahle jeden zweieinhalb Dollar. Wer nichts haben will, kann so gehen."

Sie nahmen alle das Geld und hatten bald die Werkstätte verlassen. Wittkamp sah sich jetzt in dem verlassenen Raum um. Die angefangene Arbeit, die auf den Tischen lag, würde er selbst der Firma hinbringen. Dann fiel ihm ein, daß Frau Wels wohl auf ihn warte, aber die konnte er erst nachher besuchen. Er schrieb ihr ein paar Zeilen und versprach nachzukommen.

Die drei Gesellen traten jetzt herein. Sie hatten nur gewartet, bis sie sahen, daß die andern herunterkamen. Jetzt schimpften sie stark auf Wels, wohl um Wittkamp einen Gefallen zu tun. Aber der war jetzt nicht zum Jammern und Schimpfen aufgelegt. Er trat ruhig und bestimmt auf, wie niemals vorher, so daß sie ihn staunend ansahen.

Aber mit der Uebernahme der Sachen waren sie gern einverstanden, und nach einer Viertelstunde verließen sie alle zusammen die Arbeitsstätte. Wittkamp hatte die ganze vorhandene Arbeit, nachdem er sich überzeugt, daß nichts fehlte, in einen Korb gepackt. Die andern trugen auch jeder ein Paket.

„Franke, Sie kommen ja bei Wels vorbei. Geben Sie ihr den Brief. Aber sagen Sie weiter nichts, es hat doch keinen Zweck."

An der nächsten Ecke trennten sie sich. Der frühere Boß und die Gesellen.

„Es ist doch ein fixes Kerlchen!" sagte Franke. „Da geht er hin, als ob gar nichts geschehen sei. Und Wels hat ihn doch sicher gehörig geschröpft."

„Wels ist jetzt wohl schon an den Niagarafällen; er hat immer davon gesprochen, daß er dahin wollte."

„Ich glaube, er sitzt ruhig in Neuyork, und wartet erst einmal, was man macht. Er hat sich irgendwo eingemietet und treibt sich im übrigen im Tenderloin bei den Weibern herum. Geld hat er ja."

Als Wittkamp bei der Firma die Waren ablieferte, wollte man es dort gar nicht glauben, daß Wels durchgebrannt sei.

„Aber der Mann ist ja ein Tor. Er kann doch nur in seiner Branche weiterkommen, und da finden ihn frühere Bekannte stets heraus. Es gibt ja so wenig Plätze für die Industrie, und die Arbeiter stehen alle etwas miteinander in Verbindung."

Wittkamp hatte gefürchtet, daß Wels auch noch Schulden gemacht hätte auf den Namen der Firma, aber Mr. Smith beruhigte ihn.

„Dafür ist der Mann wieder zu schlau. Er rechnet, seine Frau wird ihn nicht anzeigen, und Sie lassen es auch schließlich sein, weil nichts dabei herauskommt. Wenn er dann mal irgendwo wieder auftaucht, hat er nur mit einem zu tun. Schließlich war ihm auch die Summe genug."

dem stimmungsgehobenen Gastwirtetag vorbehalten. Der blödsinnige Wauwau sollte natürlich nur ein Abschreckungsmittel für die Angestellten bilden, um sie für die eigensüchtigen Zwecke der Herren auf dem Gastwirtetag einzufangen. Mit staatspolitischen Problemen hielt man sich aber nicht allzu lange auf. Die Bierfrage lag geläufiger. In der Einigungsfrage der gastwirtsgewerblichen Organisationen bestehen zwischen Nord und Süd keine Hindernisse. Dagegen sei eine Einigung mit dem „Zentralverband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands," der politisch und gewerkschaftlich am weitesten links steht, nicht möglich gewesen, weil er den gewerkschaftlichen Standpunkt zu sehr in den Vordergrund rückte. Und das ist Greuel genug für Leute, die den Herrn-im-Hause-Standpunkt unisono vertreten. — Da ein großer Teil der Gastwirte mit der Zwangswirtschaft in Stiefbruderfeindschaft lebte, wurde dieser der übliche Genickstoß gegeben. Bekanntermaßen haben sich gerade die sog. besseren Schankstätten am allerwenigsten an diese Notgesetze gekehrt. Auch gegen das Preisprüfungsgesetz wurde eine Resolution angenommen. Dann leistete man sich noch den Treuschwur, keine Feinbbundwaren mehr zu verkaufen. Das wird allerdings eine ungemütliche Zeit für manchen der Herren werden, wenn er die ausländischen Weine und Schnäpse alle selbst trinken muß.

*

Erklärung. Die Hamburger Volkszeitung beschäftigt sich in ihrer verlogenen Art wieder mit den Ueberstunden auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft, bei der auf Veranlassung der Arbeiterratsmitglieder Landtagsabgeordneter Ketelhohn und R. Meyer 12 bis 16 Stunden täglich gearbeitet werden soll. Die Anführung als Landtagsabgeordneter soll natürlich eine besondere Charakterisierung in sich schließen. Auf das Geschreibsel näher einzugehen, lehne ich ab, wie ich es überhaupt als Landtagsabgeordneter ablehne, auf die verlogenen Artikel der Hamburger Volkszeitung einzugehen. Joh. Ketelhohn.

Achtung, Jungsozialisten! Sonnabend, den 11. Juni: Bunter Abend im Moorgarten. Sammeln ½6 Uhr abends auf dem Lindenplatz. Rege Beteiligung erwartet der Arbeitsausschuß.

„Arbeiter-Jugend", Abt. Stadt. Sonntag morgen 6½ Uhr ab Markt, Wanderung „Steinerne Rinne"-Ratzeburg. Rückfahrt abends 8¾ Uhr.

Arbeiter Radfahrer-Bund. Tourenverzeichnis für Monat Juni: 12./6. Bezirkstour nach Klütz-Boltenhagen, Abfahrt 8 Uhr morgens Burgtorbrücke. 19./6. Groß-Tour nach der Holsteinischen Schweiz, Abfahrt 4 Uhr morgens Lindenplatz, Fahrw. 1 und 2. 19./6. Klein-Tour nach Selmsdorf, Abfahrt 2 Uhr mittags Gewerkschaftshaus, Fahrw. 3 und 4. 26./6. nach Rückniß Abfahrt 2 Uhr Gewerkschaftshaus Fahrw. 5 u. 6. 3./7. Lübeck, 27. jähriges Stiftungsfest. Um rege Beteiligung bittet der Fahrwart.

Lübecker Börse. Die Börse bleibt bis auf weiteres Sonnabends geschlossen.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 9. Juni morgens 6 Uhr 20½°; mittags 12 Uhr 20° Celsius.

Hansa-Theater. „Der verjüngte Adolar", die humoristische Schwankoperette von Walter Kollo, die allabendlich bei dem zahlreich erschienenen Publikum wahre Lachsalven hervorbringt, hat die Direktion veranlaßt, diesen Schlager immer noch auf dem Spielplan zu lassen, so daß jeder Freund von köstlichem Humor Gelegenheit finden kann, sich im Hansa-Theater mal gründlich auszulachen. Um sich die Eintrittskarten zeitig besorgen zu können, sind zur Bequemlichkeit des Publikums Karten in den bekannten Vorverkaufsstellen bei Buse & Röhrich (Zigarrengeschäft), Holstenhaus sowie auch an der Theaterkasse von 11—1 Uhr und von 5 Uhr ab zu haben.

pb. **Gefaßter Schokoladendieb.** Festgenommen wurde ein in Fünfhausen wohnhafter Nieter, der in der Holstenstraße für etwa 2000 Mk. Schokolade gestohlen hatte. Ein weiterer Nieter und ein Kutscher, die ebenfalls ermittelt sind, werden sich wegen Beihilfe bezw. Hehlerei zu verantworten haben. — Des weiteren wurde ein Kesselschmied aus Dortmund, der in der Siebenten Querstraße eine Ladenkasse bestohlen hat, festgenommen.

pb. **Leichenfledderer.** In der Nacht zum 9. d. Mts. sind einem finnischen Seemann, der sich in der Nähe der Hubbrücke in angetrunkenem Zustande zum Schlafen niedergelegt hatte, zirka 7300 finnische Mark, bestehend aus 6 Eintausendmarkscheinen, 1 Fünfhundertmarkschein und 7—8 Einhundertmarkscheinen und eine silberne Herrenuhr mit Kette gestohlen worden.

pb. **Ein fetter Diebstahl.** In der Nacht zum 10. d. Mts. wurden aus einem Keller in der Moislinger Allee ein geräucherter Schinken im Gewichte von etwa 22 Pfund und eine geräucherte Speckseite, etwa 20 Pfund schwer, gestohlen.

Angrenzende Gebiete.

Segeberg. Der große Einbruchsdiebstahl auf Schloß Rohlstorf, bei dem die Diebe Beute im Werte von 100 000 Mk. machten, war Gegenstand einer Verhandlung vor der Kieler Strafkammer. Die Einbrecher, die mit einem Auto von Hamburg gekommen waren, raubten aus dem Schloß mehrere wertvolle Teppiche, silberne Becher, photographische Apparate, Zigarren, Zigaretten, Schnaps und 1000 Mk. in bar. Mit einer in Warderbaum gestohlenen Schiebkarre hatten die Spitzbuben die Sachen in die Nähe von Klein-Rönnau gefahren und in einem Strohdiemen versteckt, dann waren sie nach Hamburg zurückgekehrt, um die Sachen in der nächsten Nacht wegzuholen. Als die Diebe in der kommenden Nacht wiederkamen und auf Anruf der Gendarmen die Flucht ergriffen, feuerten die Beamten. Eine Frau war am Tatort infolge eines Treffers in den linken Oberschenkel liegen geblieben. Es war eine 26jährige Emma Lühr aus Hamburg und ihre Begleiter waren der Arbeiter Koeppel, der Schlosser Uebe Jacobs und der Arbeiter Fugener. Koeppel hatte noch eine 2½jährige Zuchthausstrafe zu verbüßen und war seinerzeit infolge eines Versehens nach Verbüßung einer 1½jährigen Zuchthausstrafe auf freien Fuß gekommen. Er hatte zahlreiche Einbrüche auf Schlössern in Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Pommern begangen und hielt sich unter falschem Namen in Hamburg auf. Als er endlich verhaftet werden sollte, erschoß er sich. Er ist es auch gewesen, der in Oldenburg in Holstein nach einem Einbruch auf den Schlössern in Weißenhaus und Gaartz den Polizei-Oberwachtmeister Siemßen erschoß. Das Gericht verurteilte die Lühr zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus, und Jacobs, der rückfälliger Dieb ist zu 5½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Kiel. Besuch schwedischer Studenten. Am Dienstag und Mittwoch stattete eine Gesellschaft von 20 schwedischen Studierenden der Nationalökonomie von der Universität Gotenburg unter Führung des Professors Dr. Sven Helander der Stadt Kiel, insbesondere dem einzig in seiner Art in der Welt dastehenden Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr einen Besuch ab. Vorher hatten die Schweden Berlin und Hamburg besucht und einen Abstecher nach Travemünde gemacht. Professor Harms hielt im wissenschaftlichen Klub eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß in Deutschland der unerschütterliche Glaube bestände, die Beziehungen auf geistigem Gebiete wieder voll anknüpfen zu können. Die Wissenschaft sei trotz alledem, was auch von anderer Seite dagegen eingewendet werden möge, international. In seiner Erwiderung sagte Professor Helander, daß schon wegen des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, jenem Meisterstück deutscher Organisationsfähigkeit, jeder Ausländer Kiel besuchen müsse, um daran zu lernen.

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Garten- und Vergnügungslokalen in Lübeck als auch in den umliegenden Ortschaften ausdrücklich den

Lübecker Volksboten

zu verlangen. Die kommende Urlaubs- und Ferienzeit bietet Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des „Volksboten" in allen Verkehrsstätten zu veranlassen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46. Fernruf 926.

Hamburg. Aufhebung des Ausnahmezustandes. Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 24. und 26. März 1921, durch die der Ausnahmezustand über das gesamte hamburgische Staatsgebiet mit Ausnahme des Amtes Ritzebüttel, sowie auf die preußischen Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn ausgedehnt worden ist, sind mit Wirkung vom 7. Juli 1921 aufgehoben worden.

Hamburg. Der Umsatz der Handelsgesellschaft „Produktion" m. b. H. betrug im Mai 1921 26 378 405,02 Mk., im Mai 1920 17 944 418,12 Mk. Die Umsatzsteigerung gegen den Monat Mai des Vorjahrs beträgt 8 484 037,50 Mk. Am größten ist die Steigerung in den Schlachterläden. Im Mai 1920 hatten sie einen Umsatz von 2 040 168,25 Mk., im Mai dieses Jahres von 6 077 689,50 Mk. Der Umsatz der Schlachterläden hat sich ungefähr verdreifacht.

Rostock. Flaschenpost. In der vorigen Woche wurde auf der Ostsee bei Warnemünde eine Flaschenpost gefunden, die einen Zettel folgenden Inhalts enthielt: „Wir sind in Seenot, Rettung erbeten. Jacobsen und Bade, Wustrup." Bisher ist von einem Schiffsunfall an der vorigen Küste nichts bekannt geworden. Man hält diese Flaschenpost für einen groben Scherz, wie er schon wiederholt gemacht worden ist. Nunmehr hat sich aber herausgestellt, daß es kein Scherz, sondern bitterer Ernst ist. Diese Flaschenpost ist in höchster Not von den Insassen eines vor einiger Zeit bei Born auf dem Darß gekenterten Kutters in die See geworfen worden. Der in der Flasche aufgefundene Zettel ist das letzte Lebenszeichen des bei dem Unglück mitertrunkenen Kaufmanns Baade aus Rostock. Wie viele Personen ums Leben gekommen sind, ist zurzeit noch bekannt.

Güstrow. Der Held von Waren. Der wegen der Beschießung der Stadt Waren strafrechtlich verfolgte Baron le Fort auf Bök ist durch Beschluß des Landgerichts Güstrow wegen der Beschuldigung, Menschen getötet und verletzt zu haben, außer Verfolgung gesetzt worden, weil, wie es in den Gründen ausdrücklich heißt „keinerlei Beweis dafür erbracht worden ist, daß der Baron le Fort in irgend einer Weise an der Abgabe des Schusses mitgewirkt, geschweige denn den Befehl dazu erteilt habe." Gegen den Beschluß des Landgerichts hat der Erste Staatsanwalt, der übrigens die Außerverfolgung selbst beantragte, auf Anweisung des Justizministeriums Beschwerde eingelegt, über die das Oberlandesgericht in Rostock nunmehr endgültig dahin entschieden hat, daß der Baron le Fort mit Recht außer Verfolgung gesetzt sei, weil irgend ein Verdacht einer strafbaren Handlung gegen ihn nicht mehr bestehe. Ueber den Aufenthalt des Leutnants Alexander le Fort, der ebenfalls verfolgt wurde, verlautet bisher nichts. . . .

Burg in Dithmarschen. Gibst du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Ein Provinzial-Müllertag wurde hier abgehalten. Es wurde einstimmig freier Handel zum 1. Juli und restlose Aufhebung der Getreidebewirtschaftung zum 15. Aug. d. Js. gefordert. Sollte die Regierung dieser Forderung nicht nachgeben, so werden die Müller und Händler der Provinz Schleswig-Holstein die Zwangswirtschaft in Getreide an den genannten Daten eigenmächtig durchbrechen. Die Regierung wurde durch entsprechende Telegramme verständigt. Die Müller zählen auch zu den konservativen Elementen, bei denen der Geldsack neben dem Mehlbeutel liegt. Sie sind auch stramme Verfechter alter Ordnung und Sitte, die sie durch Gesetzesverachtung beantworten. Gleich den agrarischen Milch- und Butterproduzenten nehmen sie sich mit Gewalt, was ihnen das Recht versagt. Der Mehrprofit ihrer Wahlverwandten läßt die Müller nicht ruhig schlafen, weshalb sie selbständig die freie Wirtschaft einführen. Was das Brot dann kostet und ob es das Volk bezahlen kann, darüber zerbricht sich ein feister Müller den Kopf nicht. Geld, Geld, das ist das Morgen- und Abendgebet aller Volksausbeuter.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung der Berliner Buchdrucker. Eine Buchdruckerversammlung nahm zu dem bereits gestern mitgeteilten Urabstimmungsergebnis Stellung. Nach einem Referat des Gauvorstehers Massini und nach einer lebhaften Diskussion wurde gegen vereinzelte Stimmen folgende Resolution angenommen: „Durch die Urabstimmung hat ungeachtet ihrer Notlage die Kollegenschaft gezeigt, daß sie im Augenblick nicht gewillt ist, von der zentralen Lohnregelung abzuweichen. Zweifellos ist die Stellungnahme der Kollegenschaft herbeigeführt worden durch die ablehnende Haltung der Zentralvorstände. Darum haben die Verbandsinstanzen mit aller Kraft dafür zu wirken, daß die zentrale Lohnregelung der Kollegenschaft endlich die Befriedigung ihrer Bedürfnisse bringt. Die Versammelten beauftragen daher ihre Gauvorstände, dafür zu sorgen, daß nunmehr unmittelbar erneut zentrale Verhandlungen stattfinden. Die Kollegenschaft wird jedoch aufgefordert, auch weiterhin bereit zu sein, für ihre Rechte zu kämpfen."

Von der revolutionären zur nationalen Bewegung. In Halle, dem Hauptsitz der radikalen Gewerkschaftsbewegung, wurde am Sonntag die Gründung eines nationalen Bergarbeiterverbandes beschlossen, der sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken soll. Vertreten waren bei der Tagung 60 Betriebsgruppen, davon 40 aus Rheinland-Westfalen, ferner die Bezirke Mansfeld, Meuselwitz, Altenburg, Waldenburg und Niederschlesien. An der Tagung nahmen teil die Reichstagsabgeordneten Geißler und Winnefeld. Sitz des neuen Verbandes ist Halle. Zum ersten Vorsitzenden wurde Biestrich-Halle, zum zweiten Vorsitzenden Krenkhaus-Essen gewählt. Der Vorstand wurde ergänzt durch Vertreter aus Mansfeld, Niederschlesien und Wetzlar. Es wurde noch beschlossen, ein eigenes Organ, „Der Bergarbeiter", zu beschaffen. — Es ist sehr bezeichnend, daß gerade in Halle, wo die freien Gewerkschaften von den Kommunisten bis zum äußersten bekämpft werden, die Nationalen ihr Hauptquartier aufschlagen.

Der Lohnkampf in der Saarindustrie. Im Saargebiet kündigten die Arbeitgeber der Hüttenindustrie den Metallarbeiterorganisationen den Lohntarif zum 1. Juni. Der Zweck der Tarifkündigung war ein 20prozentiger Lohnabbau. In Anbetracht der im Saargebiet bestehenden außerordentlichen Teurung und des Umstandes, daß die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeit der Hüttenbetriebe zurzeit durchaus nicht unter normal ist, vertraten die Metallarbeiterorganisationen den Standpunkt, daß kein Lohnabbau stattfinden könne, bevor nicht die Löhne die vorkriegszeitliche Kaufkraft wieder erreicht hätten. Gerade die Saarländische Hüttenindustrie hat gute Zeiten hinter sich. Die Dillinger Hütte konnte im letzten Geschäftsjahr 67 Millionen Mark Reingewinn ausschütten; die Burbacher Hütte gar 37 Millionen Franken. Auch bei der Völklinger Hütte (Gebrüder Röchling) soll die Profitrate über 60 Millionen Mark betragen haben. Dabei sind die bezahlten Löhne keineswegs glänzend. Durch den 20prozentigen Lohnabbau würden die Stundenlöhne sinken für gelernte Arbeiter auf 1,35 Fr.; für angelernte Arbeiter auf 1.20 Fr., für ungelernte Arbeiter auf 1,10 Fr. Kein Wunder, daß die Stimmung der Belegschaften äußerst erregt und die Mehrheit für sofortigen Streik war.

Da sich auch die Bergarbeiter in einer Bewegung zur Abwehr der Lohnreduzierung von 4 Fr. pro Schicht sowie der Feierschichten befanden, drohte der Kampf sich nicht allein auf die Hüttenindustrie zu beschränken. Verhandlungen zeitigten kein anderes Ergebnis, als daß die Arbeitgeber einen stufenweisen Lohnabbau anboten. Danach sollte am 1. Juni 5 Proz., am 1. Juli 5 Proz. und am 1. August 10 Prozent abgebaut werden. Die Frauen- und Kinderzulagen sollten dagegen erhöht werden. Während der Deutsche Metallarbeiterverband jeden Lohnabbau ablehnte, erklärten sich die Vertreter des Christlichen Metallarbeiterver-

---

Von dem Geschäft ging Wittkamp erst nochmal zu Frau Wels. Sie hatte ihre Freundin, Frau Joseph bei sich, und setzte der soeben auseinander, daß ihr Mann und Wittkamp wahrscheinlich unter einer Decke steckten. Worauf ihr Frau Joseph riet, den jungen Mann doch verhaften zu lassen. Frau Wels wollte das auch tun.

Gerade jetzt kam der, von dem sie sprachen, herein, und die beiden Weiber fuhren erschrocken auseinander.

„Kann ich mit Ihnen mal allein sprechen!" sagte er zu Frau Wels, die das unterbrochene Weinen wieder aufgenommen hatte.

„O gewiß, o gewiß!" jammerte sie.

„Ja, ich habe zu tun in meiner Wohnung," sagte Frau Joseph, indem sie Frau Wels noch einen bedeutsamen Blick zuwarf.

Dann ging sie hinaus und alarmierte sämtliche Mietsparteien. Wittkamp hatte der armen Frau Wels das ganze Geld gestohlen und mit Wels zusammen durchgebracht. Jetzt versuchte er, sie weichzustimmen, damit sie ihn nicht festnehmen lasse. Sie werde es aber doch tun, setzte Frau Joseph hinzu.

„Nun seien Sie mal ruhig, Frau Wels," sagte Wittkamp, nachdem er Platz genommen. „Ich war auf der Bank, wie ich Ihnen schon mitgeteilt. Ihr Mann hat Ihr Geld von vorherein gar nicht dort deponiert, und meines hat er gestern bis auf einen kleinen Rest abgehoben."

„Haben Sie was geretiet?" fragte Frau Wels. „Ich bin doch am schlimmsten dran. Ihnen zuliebe habe ich das Geld ins Geschäft gesteckt."

Wittkamp hörte die Habgier aus diesen Worten heraus, und das machte ihn zornig.

„Bitte lassen Sie das. Sie wissen, daß ich durch Ihren Mann ruiniert bin, und daß ich es mir gerade überlegen muß, ob es sich lohnt, ihn anzuzeigen."

Erschreckt und ängstlich kroch sie in sich hinein. Sie wollte noch etwas sagen, aber ihre Stimme erstarb in einem wunderlichen Winseln. Nur ihre feigen, lauernden Augen huschten an ihm herum.

„Haben Sie denn keine Vermutung, wo er steckt?" fragte Wittkamp. „Sie müssen doch mit der Zeit so ziemlich alles von ihm wissen."

„Ich habe oft seine Taschen nachgesehen, wenn er schlief. Aber das wußte er ja selbst, und er ließ nie einen Fetzen Papier darin."

Er überlegte, ob er der Frau etwas von dem sagen sollte, was ihm Wels über sein Verhältnis mit dieser Mizzi mitgeteilt hatte. Aber er befürchtete einen neuen Ausbruch ihrer leidenschaftlichen Erregung. Schließlich glaubte sie noch, er stecke mit Wels unter einer Decke, oder sie wollte Unterstützung von ihm haben.

„Ja, sollen wir uns nun an die Polizei wenden?"

Sie sah ihn erschreckt und mißtrauisch an.

„Ach Gott, ja, wenn ich nur mein Geld wiedersehe. Aber man darf meinen Mann nicht bestrafen, nur diese gemeinen Weiber, die ihm alles abnehmen."

Und dann begann sie wieder von ihrer Vergangenheit zu jammern.

„Ganze Tage ist er damals herumgezogen, von einem Wirtshaus ins andere. Ich habe alles nachher erfahren. Mit den gemeinsten Weibern hat er Wein getrunken. Das Geld hat er auf die Erde geworfen — mein Geld."

„Und nun meinen Sie, er macht es jetzt ebenso?"

„Er ist so, er ruht nicht eher, bis alles Geld fort ist, und dann kommt er wieder. Er ist ja manchmal verrückt."

„Wieso — verrückt?"

„Ist er nicht verrückt, wenn er das Geld fortwirft mit diesen gemeinen Frauenzimmern?"

Sie kreischte laut auf.

„O mein Geld, mein armes, süßes Geld — ich will mein Geld wiederhaben!"

Wittkamp wollte sich zu einem mitleidigen Wort zwingen, aber er konnte es nicht. Er empfand nur Abscheu vor ihr und Ekel. Ja, es tat ihm sogar wohl, daß sie so ins Unglück geraten war.

Ihren Hund hatte sie wohl in einem Anfall von Wut in das Schlafzimmer eingesperrt. Jetzt heulte er dort in hohen langgezogenen Tönen.

„Nero, Nero, mein armer, süßer Nero! Jetzt hab ich nur noch dich, du süßes Stinkerl!"

Sie holte ihn und küßte an ihm herum, und ihre Tränen tielen dem fetten Tier in die Schnauze. Wittkamp erhob sich.

„Ach nein, Mr. Wittkamp, Sie müssen mir doch helfen. Ich hab ja keinen Dollar mehr in der Tasche. Durch Sie hab ich doch mein Geld verloren."

„Nun sagen Sie das noch einmal!" rief er wütend. Er hatte endlich die Geduld verloren.

„Na ja, Sie haben mir doch so lange zugeredet, das Geld ins Geschäft zu stecken. Ich hätte es sonst niemals getan."

Wittkamp war einfach empört über eine solche Frechheit. Er hatte zwar schon früher von Martha gehört und auch selbst erfahren, daß sie einem das Wort im Munde herumdrehte und auf Tod und Leben um ihre Lügen stritt.

Diesmal hatte er mit Frau Wels aber auch kein Wort über das Geld gesprochen. Wels hatte das, wie Wittkamp wohl bemerkt hatte, absichtlich verhindert.

„Das ist genug! Jeder andere, den man so gemein bestohlen und betrogen hat, wie das ihr Mann getan, würde gewütet haben. Er wäre sofort zur Polizei gelaufen und hätte Ihr Geld und Ihren Schmuck beschlagnahmt. Denn Sie haben noch Geld, dafür sind Sie viel zu geizig und zu schmutzig. Und es kann Ihnen auch gar nichts passieren. Sie schreiben einfach nach Hause und lassen sich schicken, was Sie wollen. Und dann warten Sie, bis Ihr Mann von seinem Ausflug zurückkommt. Und dann lachen Sie beide über das dumme Greenhorn, das Sie bestohlen haben, über den Esel, der dann vielleicht schon längst verdorben und gestorben ist. Aber jetzt nehme ich auch keine Rücksicht mehr — Sie werden ja sehen —"

(Fortsetzung folgt.)

bandes und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins mit dieser Art des Abzuges einverstanden.

In verschiedenen Werken traten in den letzten Tagen die freiorganisierten Metallarbeiter in den Ausstand. Besonders auf der Völklinger, Dillinger und Hostenbacher Hütte war der Ausstand vollständig. Der Christliche Metallarbeiterverband und Hirsch-Dunckersche Gewerkverein traten für die Wiederaufnahme der Arbeit ein, so daß die Mitglieder dieser Organisationen wieder arbeiten. Zwischen Streikenden und Arbeitswilligen ereigneten sich bereits blutige Zusammenstöße, worauf französisches Militär einzelne Betriebe besetzte.

12. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Hamburg, 8. Juni.

Nach einer Berichterstattung der vorberatenden Antragskommission sprachen Kayser und Tarnow die Schlußworte, die teilweise zu einer recht lebhaft zugespitzten Zurückweisung einiger Diskussionsredner wurde. Als Gesamteindruck der ganzen Diskussion des Vorstandsberichts konnte Tarnow konstatieren, daß die Kritik sich in durchaus mäßigen Grenzen bewegt habe und daß trotz der Einzelausstellungen meist anerkannt wurde, daß der Vorstand getan und auch erreicht hat, was in seinen Kräften stand und in der Möglichkeit lag.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Seit mehr als Jahresfrist liegt die Holzindustrie unter dem Druck einer schweren Krise. Viele Tausende Holzarbeiter sind durch lang anhaltende Arbeitslosigkeit und Verdienstausfall infolge Kurzarbeit in schwere und unverschuldete Not geraten. Angesichts dieser Tatsachen fordert der Verbandstag die schleunige Durchführung der zehn Punkte des A. D. G. B. zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Fürsorge muß in erster Linie in der Beschaffung von Arbeit bestehen. Soweit aber Arbeit nicht beschafft werden kann, muß den Erwerbslosen und Kurzarbeitern mit ihren Angehörigen durch ausreichende Unterstützung die Existenzmöglichkeit gewährleistet werden.

Der Verbandstag erkennt, daß das Arbeitslosenproblem endgültig nur gelöst werden kann durch die Umstellung der privaten Profitwirtschaft in eine planmäßig organisierte Bedarfswirtschaft. Diese Umstellung muß sofort vorgenommen werden bei der Durchführung aller wirtschaftlichen Aufgaben mit öffentlichen Mitteln. Dazu gehören insbesondere die Leistungen und Lieferungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages und in der inneren Wirtschaft die Erstellung von Bauten mit öffentlichen Zuschüssen sowie die Vergebung von Staatsaufträgen. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Inangriffnahme dieser Aufgaben beschleunigt und die Mitwirkung des Verbandes bei der Vergebung der Aufträge und der Ueberwachung der Arbeiten sichergestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen und die dringend notwendige Erstellung von Bauten im Inland müssen von tiefgreifender Bedeutung für die Holzwirtschaft werden. Bei Aufrechterhaltung der freien Wirtschaft auf dem Holzmarkt würde durch den starken Holzbedarf erneut die Gefahr eines maßlosen Holzwuchers in greifbare Nähe gerückt sein. Der Verbandstag erneuert deshalb seine Forderung auf gemeinwirtschaftliche Regelung der Holzwirtschaft und erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften und den Regierungen die alsbaldige Durchführung geeigneter Maßnahmen.

Gegen wenige Stimmen auch ein Zusatzantrag: bei der Regierung den Erlaß einer Notverordnung zu erwirken, daß für alle Betriebe, in denen mehr als 5 Prozent Kollegen arbeitslos sind, eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, um die Arbeitslosen zu beschäftigen. — Für die Punkte 6 und 7 der zehn Punkte soll unverzüglich die ganze Arbeitermacht eingesetzt werden.

Ferner gegen wenige Stimmen: Der Verbandstag erklärt sich mit den Maßnahmen des Vorstandes in allen Auseinandersetzungen mit der Zahlstelle Halle einverstanden und erwartet von ihr, daß sie den Anweisungen des Vorstandes Rechnung trägt.

Einstimmig wurde der Vorstand beauftragt, Maßnahmen vorzubereiten, die die Herabsetzung der Luxussteuer betreffen, weiter seinen Einfluß zur Preisherabsetzung der Lebensmittel geltend zu machen. — Zur Berücksichtigung wurde dem Vorstand ein Antrag überwiesen, für Aenderung des Erwerbslosenfürsorgegesetzes dahingehend einzutreten, daß die Unternehmer durch einen Beitrag pro Kopf der Beschäftigtenzahl zur Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosen herangezogen werden.

Weiter wurde beschlossen, die vom Hauptvorstand beschlossenen 30 000 M. Anteil am Verband sozialer Baubetriebe auf 100 000 Mark zu erhöhen. — Ferner: Das Holzarbeiterjugendblatt in größerer Auflage und mindestens einmal monatlich, das Frauenblatt alle 14 Tage als Beilage herauszugeben. — Diese beiden Beschlüsse mit der Modifizierung, daß der Verbandstag dem Vorstand für die Ausführung dieser beiden Anträge freie Hand beläßt.

Die Anstellung Dr. Cassaus zu den vom Vorstand berichteten Bedingungen wurde einstimmig genehmigt.

Zum Pressebericht wurde folgende Resolution angenommen:

Die „Holzarbeiter-Zeitung" ist das Organ des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Die Redaktion ist verpflichtet, das Blatt im Sinne der vom Verbandstag gegebenen Richtlinien und in Uebereinstimmung mit der Verbandsleitung zu redigieren.

Im Hinblick darauf, das der Deutsche Holzarbeiter-Verband dem A. D. G. B., der Internationalen Union der Holzarbeiter und dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, hat auch die „Holzarbeiter-Zeitung" die von den berufenen Organen dieser Körperschaften gefaßten Beschlüsse gebührend zu beachten.

Die „Holzarbeiter-Zeitung" soll von gesundem gewerkschaftlichem Geist erfüllt sein. In den wirtschaftlichen Kämpfen der Holzarbeiter hat sie deren Interessen wahrzunehmen. Sie soll das Verständnis der Kollegen für die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge fordern, ihnen das Wesen des Sozialismus nahebringen und dadurch zu ihrer Erziehung zu Klassenkämpfern beitragen.

Der sozialpolitischen Gesetzgebung und ihrer praktischen Auswirkung soll sie besondere Aufmerksamkeit widmen, aber parteipolitische Auseinandersetzungen nach Möglichkeit vermeiden.

Die Versuche, die „Holzarbeiter-Zeitung" in den Dienst einer politischen Partei zu stellen, muß die Redaktion verhindern. Die parteipolitische Zerrissenheit des Proletariats ist ein Unglück für die Arbeiterschaft und die Holzarbeiter. Deshalb soll die „Holzarbeiter-Zeitung" die Einigkeit der Arbeiterschaft fördern; sie muß die Bestrebungen abwehren, die darauf hinzielen, die Uneinigkeit zu schüren, insbesondere durch die Bildung kommunistischer Zellen in den Gewerkschaften und in unserm Verband. Für solche Sonderbestrebungen darf unser Verbandsorgan nicht zur Verfügung gestellt werden. Den Mitgliedern steht das Verbandsorgan zur Erörterung gewerkschaftlicher Fragen zur Verfügung. Die Redaktion hat jedoch darüber zu wachen, daß bei den Veröffentlichungen die vorgenannten Richtlinien beachtet werden. Sie ist auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß bei solchen Diskussionen der Charakter des Verbandsorgans gewahrt und dessen Umfang gebührend berücksichtigt wird.

Der Verbandstag erkennt an, daß die Redaktion bemüht war, den ihr obliegenden Verpflichtungen gerecht zu werden. Indem der Verbandstag dem Redakteur das Vertrauen ausspricht, erklärt er die Anträge, welche die Anträge der „Holzarbeiter-Zeitung" zum Gegenstand haben, für erledigt.

Die ersten sechs Absätze wurden gegen 8 Stimmen, der letzte Absatz wurde gegen eine geringe Minorität angenommen.

Eine Erweiterung der Rechte der Prüfkommission sowie ein Antrag auf Neuwahl der Redakteure auf jedem Verbandstag war zugleich damit abgelehnt.

Auf Antrag der Revisionskommission, die Bücher und Belege in bester Ordnung befunden, wurde dem Kassierer König Entlastung erteilt und auf ihren weiteren Antrag beschlossen, daß zukünftig die Revision der Bücher durch die Vorberatungskommission vor dem Verbandstag stattfinden soll.

Ein mit starkem Beifall aufgenommenes Referat des Vorstandsmitgliedes Jahn über „Aufgaben und Organisation der Betriebsräte" hatte der Referent Leitsätze zugrunde gelegt. — Die nicht beendete Debatte über das Referat wird zu Ende geführt werden im Anschluß an zwei Referate über „Lohn- und Vertragsbewegungen", mit denen der Verbandstag in geschlossener Sitzung beginnt.

Aus aller Welt.

Gräßliches Unglück. Zwei neugierige Knaben aus Regglisweiler ((Wüttemberg) trieb die Sehnsucht nach einem Erlebnis in die verschlossene Werkstätte des Baumeisters Haug, woselbst eine provisorische elektrische Leitung angebracht war. Die beiden Knaben kamen mit der Stromleitung in Berührung und wurden sofort getötet. Die von dem Unglück verständigte Mutter des einen Knaben wollte ihr Kind noch retten, mußte aber dadurch ebenfalls das Leben lassen. Der Polizeidiener Rupp, der der Frau zur Hilfe kommen wollte, stürzte nieder, kam aber mit der Leitung nur ganz leicht in Berührung.

Kampf mit Schmugglern. Im böhmischen Grenzstädtchen Böhmisch-Wiesental, auf der Stolzenheiner Höhe, kam es zu einem schweren Kampf zwischen zwei tschechischen Grenzaufsehern und drei Schmugglern. Die Schmuggler, die in Rucksäcken Fleisch bei sich trugen, gingen mit den Aufsehern, die nichts ahnten, ein Stück Weges gemeinsam, bis sie plötzlich auf den verabredeten Ruf: Los! alle drei über die Aufseher herfielen und ihnen die Gewehre entrissen und sie derart bearbeiteten, daß der eine Grenzaufseher tot liegen blieb. Der andere Aufseher trug am Kopf schwere Verletzungen davon. Man nimmt an, daß die Schmuggler aus Sachsen stammen.

Gräßlicher Selbstmord. In Nassenbeuren war der Meßner plötzlich irrsinnig geworden Er läutete fortwährend die Glocken und feuerte blindlings Schüsse ab, wodurch ein Mann tödlich verletzt wurde. Der Irrsinnige zertrümmerte sich an der hin- und herschwingenden Glocke den Schädel.

Eine Arbeiterbank. Mit einem Kapital von 300 Millionen Kronen wird in Wien unter der Leitung von Karl Renner die Arbeiterbank der Sozialdemokratischen Partei gegründet werden zur Finanzierung der Arbeiterkonsumvereine.

Trauung auf einer Brücke. Eine eigenartige Trauung wurde dieser Tage auf der Brücke in Neusegedin vollzogen. Die Braut stammt aus der Slowakei, der Bräutigam aus Ungarn. Beide erhielten keine Pässe über die Grenze, so daß die Trauung knapp an der Demarkationslinie mitten auf der Brücke vollzogen werden mußte. Nach der Trauung durfte dann die junge Frau als magyarische Staatsbürgerin mit ihrem Gatten nach Szegedin hinüber.

Ein Hausbesitzer im Streit erstochen. Eine Messerstecherei mit tödlichem Ausgang spielte sich in Berlin im Hause Ackerstraße 144 ab. Der Besitzer dieses Hauses, Schuster, war wegen Mietsangelegenheiten mit Hausbewohnern in Streit geraten. Im Verlaufe der sehr erregten Auseinandersetzung, die in der Wohnung Schusters stattfand, zog plötzlich ein Mieter ein Messer und verletzte Schuster tödlich, da der Stich die Halsschlagader getroffen hatte. Die Schutzpolizei hat den Täter verhaftet.

Eisenbahnunglück in Oberitalien. Der Nachtschnellzug Venedig—Verona—Mailand entgleiste infolge eines Attentats. Die Lokomotive stürzte die Böschung herunter. Der Heizer wurde getötet, der Maschinist sowie einige Reisende verletzt.

Verhaftung eines Kommunistenführers. Auf Anordnung der Essener Staatsanwaltschaft wurde in Dortmund der bekannte Kommunistenführer Weinberg verhaftet und dem Essener Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Es wird ihm zur Last gelegt, sich in den Unruhetagen im März dieses Jahres in Essen an hochverräterischen Unternehmungen beteiligt zu haben.

Zusammenstoß. Auf der Linie Vicht—Aachen ist ein Personenzug auf einen Arbeiterzug gestoßen. Es wurden 2 Personen getötet und 50 verwundet, davon 11 schwer.

Blutige Kämpfe zwischen Weißen und Negern. Einer der heftigsten Kämpfe bei Zusammenstößen zwischen Weißen und Negern entspann sich um eine Kirche in Oklahama, in der sich 50 Neger verschanzt hatten. Mehrere Angriffe der Weißen wurden durch Schüsse abgewiesen. Schließlich wurde die Kirche in Brand gesteckt, worauf die Verteidiger sie räumten. Die Zahl der Toten wird auf 75 Neger und 25 Weiße geschätzt. Mehrere Teile des Negerviertels stehen in Flammen.

Die goldene Puderdose. Ein schwerer Einbruch wurde im Westen Berlins in der Wohnung der Opernsängerin Erna Denera verübt. In Abwesenheit der Künstlerin, die ihre Wohnräume vorübergehend einer Frau Dr. Gurewitzsch überlassen hatte, drangen die Täter nachts gewaltsam ein und stahlen Teppiche, Schmucksachen und wertvolle Toilettegegenstände. Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, die Täter zu verhaften und das Diebesgut zum größten Teil wieder herbeizuschaffen. Bei den Ermittelungen war den Beamten aufgefallen, daß ein Straßenmädchen einen sehr wertvollen Pompadour trug und aus diesem auf offener Straße ab und zu eine goldene Puderdose hervorzog. Es stellte sich bald heraus, daß diese Gegenstände aus dem Einbruch bei der Opernsängerin stammten. Es gelang dann auch bald, alle Beteiligten zu ermitteln. Einen Teil der gestohlenen Schmucksachen hatten die Einbrecher bereits an einen Händler verkauft, der die Gegenstände im Grunewald vergraben hatte. Der Händler wurde gleichfalls verhaftet und der verborgene Schatz ausgegraben.

Drahtlose Opernübertragung. Mit dem Lorenz-Poulsen-Sender fand ein interessantes Experiment in der Berliner Staatsoper statt. Es waren in den Proszeniumslogen mehrere Mikrophone eingebaut, die durch Drahtleitung mit dem Lorenz-Poulsen-Sender auf der Hauptfunkenstelle Königswusterhausen verbunden waren. Dieser Poulsen-Sender arbeitete mit einer Antennenleistung von etwa 3 Kilowatt. Die Oper „Madame Butterfly" wurde auf diese Weise nach Orten von über 1000 Kilometer Entfernung übertragen.

Nach dem Genuß von Fleisch gestorben. Unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankten in Münster nach Genuß von Büchsenfleisch oder Hackfleisch die Witwe Dülwecke, ihr Sohn, eine zu Besuch weilende Nichte und ein junger Bildhauer aus Böhmen. Die Witwe und der Bildhauer sind der schweren Vergiftung bereits erlegen, ebenso ist die Nichte, die bei der Ankunft in ihrem Heimatsort gleichfalls schwer erkrankte, bereits gestorben, während der Sohn kaum mit dem Leben davon kommen dürfte. Die eigentliche Vergiftungserscheinung ist noch nicht geklärt

Die Laune eines Blitzes. Aus Ostfriesland wird berichtet: Einen wahrhaft mephistophelischen Spaß machte sich dieser Tage ein Blitzstrahl, der bei einem schweren Gewitter in dem Küstendorfe Borssum das Wohnhaus eines Eisenbahnschaffners traf. Der Blitz schlug zunächst mit dröhnendem Gepolter den Schornstein des Hauses in Trümmer, zersplitterte mit Vehemenz den Dachfirst und fuhr durch die so geschaffene Oeffnung hinunter ins Wohnzimmer des Beamten. Dort sprang der unheimliche höllische Funke durch die Scheibe des Glasschrankes mitten in die Porzellanherrlichkeiten der Hausfrau hinein. Im Nu waren Teller, Tassen und anderes Geschirr wie von unsichtbarer Hand kurz und klein geschlagen. Damit nicht genug, fuhr der Blitz aus dem Scherbenhaufen wieder heraus und zischend direkt in das blanke Zifferblatt des Regulators hinein, dessen Uhrwerk er augenblicklich zerstörte. Nachdem er also sein Mütchen gekühlt hatte, entschwand der feurige Rüpel lautlos durchs Fenster, die schreckerstarrten Hausbewohner in muffigem Schwefeldunst zurücklassend.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Besonders reges Leben entfalten unsere Turner am Sonntag, d. 12. Juni, auf dem Kasernenhofe Fackenburger Allee. Zuschauern wie Spielern wird etwas außergewöhnliches geboten. Morgens 10 Uhr eröffnen Hamburg-Wandsbek I und A. T. V. II den Großkampftag. Die erheblich verbesserte zweite muß alles daransetzen um gegen die erstklassigen Wandsbeker einigermaßen gut abzuschneiden. 11³⁰ Uhr folgt Wandsbek II gegen A. T. V. IV. Punkt 2 Uhr spielen Jugend Wandsbek gegen Jugend A. T. V. und den Schluß bilden 3³⁰ Uhr Ligaverein Kiel-Ellerbeck gegen Liga A. T. V. Die an führender Stelle stehenden Kieler sind ob Ihrer Schnelligkeit eine der besten Kieler Mannschaften. G. S.

Theater und Musik.

Die Geschichte des Vereins der Musikfreunde in Lübeck gibt J. Hennings in einer zur Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins verfaßten interessanten Festschrift. Wer während des letzten Vierteljahrhunderts das Musikleben unserer Stadt verfolgt hat, der weiß, wie unlösbar letzteres mit der Geschichte des Vereins der Musikfreunde verbunden ist, wie es durch ihn erst geformt und gehoben wurde. Das läßt die Festschrift klar erkennen. Der Verein hatte in der Wahl seiner Dirigenten fast immer eine glückliche Hand und das ist entscheidend für die Programme und die Leistungen des Orchesters. Hennings würdigt in der Festschrift die Persönlichkeiten, welche zur Leitung der Konzerte berufen wurden: Akkerni, Abendroth, Furtwängler, Göhler, v. Hößlin und Mannstaedt, alles Namen, die in der Musikwelt einen sehr guten Klang haben. Selbstverständlich war das Geleistete nur mit staatlicher Hilfe möglich, die ständig stärker in Anspruch genommen werden mußte, und die nicht von allen, die darüber mitzuentscheiden hatten, gern gegeben worden ist. Man hat eben nicht überall den Wert guter Musik gleich hoch eingeschätzt. Deshalb bedurfte es aber gerade einer Organisation, die durch die Tat dafür wirkte. Damit soll nicht gesagt sein, daß alle Handlungen des Vorstandes des Vereins der Musikfreunde gebilligt zu werden brauchen. Gerade seine unbeschränkte Herrschaft über das hiesige Musikleben und über das Orchester sind von nicht wenigen manchmal unangenehm empfunden. Die Tätigkeit des Vereins im ganzen hat jedoch der Erfolg gerechtfertigt. Sehr wertvoll ist auch die Uebersicht der in den Sinfoniekonzerten zur Wiedergabe gelangten Werke, die der Festschrift eingefügt ist, sowie die Angabe der mitwirkenden Solisten. Manchen älteren Musikfreunden wird das Buch schöne Erinnerungen wecken, während die jüngeren daraus entnehmen können, „wie alles ward", und daß auch die Kunst tatkräftiger Förderung bedarf, wenn sie sich entwickeln und gedeihen soll. Sie braucht diese Förderung in der Zukunft noch mehr als bisher, wenn nicht die ganze Arbeit der letzten 25 Jahre vergebens gewesen sein soll. ×

Generalversammlung
am Mittwoch, dem 15. Juni, abds. 7½,
im Gewerkschaftshause. 2880
Tagesordnung: Bericht und Beschlußfassung zur Beschaffung v. Material f. d. Hüttenbau.

HODERMANN.
Morgen Sonnabend
Gr. Extra-Konzert
Kapellmeisters Loretto. (2882

Waisenhof 2883 Jeden Freitag u. Sonntag: **Tanz.**

Zentralhallen
Morgen Sonnabend: (2860
Gr. Tanzkränzchen.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Bezirksverein Lübeck.
Einladung zum Sommerfest
bestehend in
Konzert, Preisschießen für Herren und Damen, Kindervergnüg. m. nachfolgendem
BALL
am Sonntag, dem 12. Juni
im Konzerthaus Lübeck (Fackenburger Allee)
Anfang des Konzertes 4 Uhr, des Balles 7 Uhr.
Beginn des Herren-Preisschießens morgens 11—1 Uhr, nachmittags 4—7 Uhr.
Herrenkarte 3 Mk. Ende 2 Uhr. Damenkarte 2 Mk.
2814) Das Festkommitee.

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Landkrankenkasse für die Provinz Lübeck.

Den Arbeitgebern, sowie Arbeitnehmern, wird hierdurch bekannt gemacht, daß nach dem neuen Tarifabkommen die landwirtschaftlichen Arbeiter, welche Sachbezüge erhalten und vorher der IX., X. und XI. Stufe angehörten, mit Wirkung vom 1. Juni d. J. an der

X. Stufe mit einem wöchentl. Beitrag von Mk. 10,80
XI. „ „ „ „ „ „ „ 11,84
XII. „ „ „ „ „ „ „ 12,60

zugeteilt werden.

2818) **Der Vorstand.**

Nach kurzer Krankheit entschlief heute im 64. Lebensjahre meine liebe Frau, meine gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Frau

Catharina Jahncke, geb. Offermann.

In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen (2831

Wilhelm Jahncke.

Lübeck, d. 8. Juni 1921. 9. Ochsenkoppel 18.

Trauerfeier: Montag, den 13. Juni, nachm. 2,30 Uhr in der Kapelle Vorwerk.

Heute entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Bruder und Onkel, der Träger

Johann Friedr. Ehlers

im 61. Lebensjahre

In tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen (2852

F. Ehlers.

Lübeck, 9. Juni 1921. Loignystr. 11 III.

Trauerfeier: Dienstag, d. 14. Juni, nachm. 2,30 Uhr, Kapelle Vorwerk.

Zimmerer pr. sof. ges. der mit allen Arbeiten vertraut ist u. selbst. arbeiten kann. Ang. u. B. G. S. a. d. Exp. (2821

Gesucht sof. tücht. **Tischler** als Vorarbeiter bei guter Entlohnung eventl. Wochenlohn. Dauernde Beschäftigung zugesichert. (2822

W. Möller, Hundestr. 66

Schöne 2-Zimmerwohn. z. t. gegen eine gleiche. Ang. unt. W A 4 an d. Exp. d. Bl. (2835

Möbl. Zimmer zu vermieten 2849) Karpfenstr. 18, I.

Der Rest repariert. Milit.-Schnürstiefel, Paar 18 Mk. 2809) Beckergr. 74, Laden.

Schlafst. kompl. 2100 Mk. Breitestr. 22, Hinterh. (2828

---

2 Kleidersch., 1- u. 2tür. z. vk. 2846) Kl. Gröpelgr. 5.

Guterh. eis. Sparherd z. verk. 2838) Ernststr. 27 I.

Kastenhandwag. für 100 Mk. zu vk. (2824) Vorbeckstr. 19.

---

100 Mk. Finderlohn für Uhr gez. K B 2842) Burgfeld 5.

Entl. ein. kl. Wolfshund Abzug. geg. Belohn. (2847 Kronsf. Allee 95. (b. Wigger.)

Guter Privatmittagstisch Steinraderweg 26 a, pt. r. (2813

Tomaten in Blüte, Tabakpflanzen und sämtliche (2841 **Gemüsepflanzen** zu billigen Preisen.

Friedr. Reshöft,
Lübeck, Triftstr. 18,
erstes rotes Haus rechts.
Fernruf 1261.

Eimerbier

Sonnabend von 4—6 Uhr.
2848) **Hermann Stamer.**

Achtung! Heute und folgende Tage:

Prima fettes Roßfleisch. 2857

Karl Lübker, Roßschlachterei
Fischergrube 43.

Gulasch in Dosen
garantiert rein Rindfleisch.
2-Pfd.-Dose 12,50.
P. Reiher, Lg. Lohberg 54. (2839

Neueste Ausgabe!

Kommentar zum Betriebsrätegesetz.

Enthaltend u. a.:
Musterarbeitsordnung u. Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums.
Von **Dr. Georg Flatow.**
Preis Mk. 12.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Nach Geschäftserweiterung

reichhaltiges Lager in **erstklassigen Markenrädern** zu soliden Preisen; **Zubehör, Mäntel und Schläuche** in großer Auswahl.

Allein-Vertreter 2810

der **K.-C.-Hilfsmotore** einzubauen auf jedes Fahrrad, betriebssicher, sparsam im Gebrauch, Magnetzündung, Leerlauf und Kuppelung. Nicht zu verwechseln mit ähnlichen Fabrikaten.

Vorführung u. Besichtigung ohne Verbindlichkeit.

Fahrradhaus St. Lorenz,
Bruno Drümmer.
Fernruf 301. Fackenburger Allee 64.

Für

Sport, Jagd u. Reise

Elegante Herren-Sportanzüge
„ Damen-Sportkostüme
Strickjacken für Damen u. Herren
Lodenmäntel
Lodenanzüge
Manchester-Anzüge, Joppen, Hosen
Verlangen Sie neuesten Sommerkatalog!!!

Sporthaus
Paul Gassmann
Mühlenstraße 34. (2823

Eine Umwälzung im Einkochverfahren

„Wibo"

der neue Einmach-Apparat

mit dem Absauge-Ventil.

D. R. G. M.

Zur Frischerhaltung von Speisen

ohne stundenlanges **Kochen**

Spart Zeit u. Feuerung

Wir haben den Alleinverkauf für Lübeck und Umgegend

Vorführung
in unserer Haushalts-Abteilung
Freitag, den 10. — Sonnabend, den 11.; und Montag, den 13. Juni.

Holstenhaus
Lübeck

DER GUTE NAME

eines reellen Geschäfts prägt sich dem Leser am besten dann ein, wenn ***fortlaufend*** im Lübecker Volksboten inseriert wird. Diese Inserate haben

durchschlagenden Erfolg!

Neues Liederbuch
für Arbeiter und Naturfreunde
Mk. 1.20.;
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Bitte, sofort bestellen!

Der Wahre Jacob

Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.

Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Austrägern

---

Ab heute: (2886

Billige Reste-Tage!

Ferner ca. 1200 Schürzen:

Ia. Wiener Leinen-Blusen-Schürzen	25.—
Ia. Wiener Leinen-Blusen-Schürzen	29.50
Ia. Wiener Form-Schürzen	25.—
Ia. Wiener Form-Schürzen	29.50
Die neueste Form Wiener Kleiderreform-Schürzen	59.50
1 Posten Damen-Korsets zum Aussuchen	29.50

Johannes Holst
Markt 6. Lübeck. Kohlmarkt 6.

Eine Sorge unserer Hausfrauen, die Frischerhaltung gekochter Speisen

macht sich besonders in den heißen Sommermonaten fühlbar. Gärungs- und Zersetzungsprozesse zerstören oft in wenigen Stunden unsere Nahrungsmittel und vernichten so bei den hohen Preisen große Werte.

Die Benutzung der bisherigen Einkochapparate erfordert große Umstände, Zeit und Kosten, die die vielbeschäftigte, rechnende Hausfrau oft scheut.

Das Holstenhaus bringt nun in den nächsten Tagen einen überaus praktischen und dabei vor allem auch billigen Apparat zur Vorführung und zum Verkauf, der, spielend leicht in der Handhabung, die teuren Einkochapparate ersetzt und aller Not ein Ende macht.

Die Speisen werden durch diese Vorrichtung unter Vacuum gesetzt, in einem gewöhnlichen Topf kurz angekocht und sind dann Wochen und Monate haltbar. Unsere Hausfrauen sollten im eigenen Interesse die Vorführungen am Freitag, Sonnabend und Montag nicht versäumen. (2884

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Nachricht daß ich mein

Obst- u. Gemüse-Geschäft
Marlesgrube 5

an Herrn **Joachim Brincker** verkauft habe. Für das mir in reichem Maße erwiesene Wohlwollen bestens dankend bitte ich, dieses auch meinem Nachfolger erhalten zu wollen.

Hochachtungsvoll
Helene Warnke.

Bezugnehmend auf Obiges teile ich meinen Freunden und Bekannten höflichst mit, daß ich das Obst- und Gemüse-Geschäft von Frau Helene Warnke käuflich übernommen habe. Es wird stets mein Bestreben sein, durch reelle Bedienung und Lieferung bester Ware das Vertrauen der mich Beehrenden zu erwerben. (2820

Hochachtungsvoll
Joachim Brincker.

Limburger Fettkäse

Pfund 10 Mk. ist zu haben bei (2851

Peters, Wahmstr. 29,
Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung e.G.m.b.H.

Möller's Fleischquelle, Hüxstr. 83-85.

Frisches Rindfleisch	Pfd. 8 Mk.	Scheibenbeefsteak	Pfd. 14 Mk.
„ Gehacktes	„ 8 „	Rollfleisch	„ 12 „
fetter Speck	„ 9 „	Gulasch	„ 10 „
Rinderbraten	„ 12 „	Knochen (2844)	„ 1 „

Der geehrten Einwohnerschaft von Lübeck hiermit zur gefl. Kenntnis, daß ich am Donnerstag, 9. Juni das

Delikatessen- und Konservenhaus Hansa
renoviert unter dem Namen

„Butter- und Fettwarenhaus Hansa"

neu eröffnet habe. (2845

Ich bitte die verehrliche Kundschaft, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Johann Arendt, Hüxstraße 118.